



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 5.3.2025

COM(2025) 73 final

2025/0043 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

**über die Unterzeichnung – im Namen der Union – und die vorläufige Anwendung des
Protokolls (2025-2029) zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens
zwischen der Republik Côte d’Ivoire und der Europäischen Gemeinschaft**

BEGRÜNDUNG

1. KONTEXT DES VORSCHLAGS

• Gründe und Ziele des Vorschlags

Das partnerschaftliche Fischereiabkommen zwischen der Republik Côte d'Ivoire und der Europäischen Gemeinschaft wurde am 18. April 2008 unterzeichnet und trat am selben Tag für eine Laufzeit von sechs Jahren in Kraft. Das Abkommen ist stillschweigend für einen Zeitraum von sechs Jahren verlängerbar und daher noch in Kraft. Ein vorangegangenes Protokoll zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens mit einer Laufzeit von sechs Jahren trat am 1. August 2018 in Kraft und läuft am 31. Juli 2024 aus.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen im Namen der Europäischen Union über ein neues Protokoll zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens mit der Republik Côte d'Ivoire und der darin enthaltenen Verhandlungsrichtlinien¹ führte die Kommission Verhandlungen mit der Regierung der Republik Côte d'Ivoire (im Folgenden „Côte d'Ivoire“). Nach Abschluss dieser Verhandlungen wurde am 21. November 2024 von den Verhandlungspartnern ein Protokoll paraphiert. Das neue Protokoll gilt ab dem Datum der vorläufigen Anwendung gemäß Artikel 20, d. h. ab dem Datum der Unterzeichnung durch die Vertragsparteien, für einen Zeitraum von vier Jahren.

Der Vorschlag zielt darauf ab, die Unterzeichnung des Durchführungsprotokolls zu genehmigen.

• Kohärenz mit den bestehenden Vorschriften in diesem Bereich

Wichtigstes Ziel des neuen Protokolls ist es, im Hinblick auf die Fortsetzung und Stärkung der strategischen Fischereipartnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Gabunischen Republik den Rahmen zu aktualisieren, d. h. die Prioritäten der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik und ihrer externen Dimension einzubeziehen.

Zweck des Protokolls ist es, Fischereifahrzeugen der Europäischen Union in der Fischereizone Côte d'Ivoires Fangmöglichkeiten im Einklang mit den besten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten und den Entschlüssen und Empfehlungen der Internationalen Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) im Rahmen des verfügbaren Überschusses zu eröffnen. Die Kommission stützte ihren Standpunkt zum Teil auf die Ergebnisse einer Bewertung des früheren Protokolls (2018-2024) sowie einer vorausschauenden Bewertung der Frage, ob der Abschluss eines neuen Protokolls sinnvoll ist. Diese Bewertungen wurden von externen Sachverständigen durchgeführt. Ziel ist es ferner, die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Republik Côte d'Ivoire zur Förderung einer nachhaltigen Fischereipolitik und der verantwortungsvollen Nutzung der Fischereiressourcen in der ivoirischen Fischereizone und im Atlantischen Ozean im Interesse beider Vertragsparteien auszubauen. Darüber hinaus wird diese Zusammenarbeit auch zur Förderung angemessener Arbeitsbedingungen in der Fischerei beitragen.

Im neuen Protokoll sind Fangmöglichkeiten in den folgenden Kategorien vorgesehen:

¹ Beschluss des Rates, angenommen auf der 4008. Sitzung des Rates „Energie“ am 4. März 2024

- 25 Thunfischwadenfänger
- 7 Oberflächen-Langleinenfänger
- Hilfsschiffe im Einklang mit den einschlägigen Entschlüssen der ICCAT und den in den Rechtsvorschriften von Côte d'Ivoire festgelegten Grenzen

- **Kohärenz mit der Politik der Union in anderen Bereichen**

Die Aushandlung eines neuen Protokolls zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens mit Côte d'Ivoire ist Teil des auswärtigen Handelns der Union gegenüber den Ländern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (OAKPS) und trägt insbesondere den Zielen der Union in den Bereichen nachhaltiges Wirtschaftswachstum, menschliche und soziale Entwicklung, Bekämpfung des Klimawandels, nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen sowie Achtung der demokratischen Grundsätze und der Menschenrechte Rechnung.

2. RECHTSGRUNDLAGE, SUBSIDIARITÄT UND VERHÄLTNISMÄßIGKEIT

- **Rechtsgrundlage**

Rechtsgrundlage ist der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), in dessen Artikel 43 Absatz 2 die Gemeinsame Fischereipolitik geregelt und in dessen Artikel 218 Absatz 5 die Unterzeichnung und die Möglichkeit der vorläufigen Anwendung von Abkommen zwischen der Union und Drittländern festgelegt ist.

- **Subsidiarität (bei nicht ausschließlicher Zuständigkeit)**

Der Vorschlag fällt in die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union.

- **Verhältnismäßigkeit**

Der Vorschlag steht in einem angemessenen Verhältnis zu dem Ziel, einen rechtlichen, ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Regelungsrahmen für Fischereitätigkeiten von Unionsschiffen in Drittlandgewässern gemäß Artikel 31 der Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik zu schaffen. Er steht mit diesen Bestimmungen sowie mit denjenigen im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung für Drittländer gemäß Artikel 32 der genannten Verordnung in Einklang.

3. ERGEBNISSE DER EX-POST-BEWERTUNG, DER KONSULTATION DER INTERESSENTRÄGER UND DER FOLGENABSCHÄTZUNG

- **Ex-post-Bewertung/Eignungsprüfungen bestehender Rechtsvorschriften**

Die Kommission hat im Jahr 2023 eine Ex-post-Bewertung des Protokolls für 2018–2024 zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen mit Côte d'Ivoire sowie eine Ex-ante-Bewertung eines etwaigen neuen Protokolls durchgeführt². Die Schlussfolgerungen der Ex-post- und der Ex-ante-Bewertung sind in einer Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen dargelegt.³

² Europäische Kommission: Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Caillart, B., Defaux, V. and Guélé, M., *Évaluation rétrospective et prospective du Protocole 2018-2024 à l'accord de partenariat dans le domaine de la pêche entre l'Union européenne et la République de Côte d'Ivoire*

Die Bewertung ergab, dass in den Fischereisektoren der Union großes Interesse am Fischfang in Côte d'Ivoire besteht und ein neues Protokoll im Interesse beider Parteien liegt. Darüber hinaus würde ein neues Protokoll dazu beitragen, die Überwachung und die Kontrolle zu stärken und das Fischereimanagement in der Region zu verbessern.

Aufgrund der großen Fischereizone unter der Gerichtsbarkeit Côte d'Ivoires ist es für die Union wichtig, ein Instrument zur intensiven Zusammenarbeit im Fischereisektor mit einem wichtigen Akteur in der Meerespolitik auf subregionaler Ebene beizubehalten. Eine Stärkung der Beziehungen zu Côte d'Ivoire ist auch für den Aufbau von Allianzen im Rahmen der ICCAT zweckmäßig. Darüber hinaus bedeutet dies für die Fischereiflotte der Union einen fortgesetzten Zugang zu einem wichtigen Fischereigebiet für den Einsatz von Fangstrategien unter einem mehrjährigen internationalen Rechtsrahmen. Darüber hinaus ist der Hafen von Abidjan aufgrund seiner Lage und seiner Ausrüstung und Dienstleistungen in einem stark befischten Gebiet zu einem Logistikzentrum und zu einem wichtigen Anlande- und Umladehafen geworden, was sowohl für den Fischereisektor der Union als auch für das Partnerland zur Relevanz des geplanten neuen Protokolls beiträgt. Für die Behörden von Côte d'Ivoire besteht das Ziel darin, die Beziehungen zur Union zu pflegen, um die Meerespolitik zu stärken, eine spezifische Unterstützung des Fischereisektors mit mehrjährigen Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten und im Rahmen der Diversifizierung ihrer Wirtschaft durch die Tätigkeit der Schiffe mit der Industrialisierung ihres Verarbeitungssektors zu beginnen.

- **Konsultation der interessierten Kreise**

Im Zuge der Bewertung wurden Mitgliedstaaten, Vertreter der Industrie, internationale Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die Fischereiverwaltung und die Zivilgesellschaft Côte d'Ivoires konsultiert. Auch im Rahmen des Beirats für Fernfischerei fanden Konsultationen statt.

- **Einholung und Nutzung von Expertenwissen**

Die Kommission hat gemäß Artikel 31 Absatz 10 der Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik für die Ex-post- und Ex-ante-Bewertungen einen unabhängigen Berater eingeschaltet.

- **Folgenabschätzung**

Entfällt.

- **Effizienz der Rechtsetzung und Vereinfachung**

Entfällt.

– *Rapport final*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2023, <https://data.europa.eu/doi/10.2771/605016>

³ Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen: Evaluation Accompanying the document Recommendation for a COUNCIL DECISION authorising the opening of negotiations on behalf of the European Union for a new Implementing Protocol to the Fisheries Partnership Agreement with the Republic of Côte d'Ivoire, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52024SC0022>

- **Grundrechte**

Das ausgehandelte Abkommen enthält eine Klausel über die Folgen von Verstößen gegen wesentliche Menschenrechtsbestimmungen des Artikels 9 des Samoa-Abkommens⁴.

4. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT

Die jährliche finanzielle Gegenleistung in Höhe von 740 000 EUR ergibt sich aus:

a) einem Jahresbetrag für den Zugang zu den Fischereiressourcen in der Fischereizone Côte d'Ivoires in Höhe von 305 000 EUR, der einer Referenzfangmenge für weit wandernde Arten von 6 100 Tonnen pro Jahr entspricht,

b) einer Unterstützung der Fischereipolitik Côte d'Ivoires in Höhe von 435 000 EUR pro Jahr. Diese Unterstützung steht im Einklang mit den Zielen des strategischen Plans für die Fischerei Côte d'Ivoires.

Der jährliche Betrag für Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen wird im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens festgelegt; dies gilt auch für die Reserve für die Protokolle, die zu Beginn des Jahres noch nicht in Kraft getreten sind⁵.

5. WEITERE ANGABEN

- **Durchführungspläne sowie Monitoring-, Bewertungs- und Berichterstattungsmodalitäten**

Die Monitoringmodalitäten sind im neuen partnerschaftlichen Abkommen für nachhaltige Fischerei und im zugehörigen Durchführungsprotokoll festgelegt.

⁴ Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten andererseits (ABl. L, 2023/2862, 28.12.2023), <https://data.europa.eu/eli/reg/2023/2862/oj>.

⁵ Im Einklang mit der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich, Nummer 20 (ABl. L 433 I vom 22.12.2020). http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2020/1222/oj

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über die Unterzeichnung – im Namen der Union – und die vorläufige Anwendung des Protokolls (2025-2029) zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Republik Côte d'Ivoire und der Europäischen Gemeinschaft

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 43 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 5,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 17. März 2008 hat der Rat die Verordnung (EG) Nr. 242/2008¹ erlassen, mit der das partnerschaftliche Fischereiabkommen zwischen der Republik Côte d'Ivoire und der Europäischen Gemeinschaft (im Folgenden das „Abkommen“) geschlossen wurde. Das Abkommen ist am 18. April 2008 in Kraft getreten.
- (2) Das letzte Protokoll zur Durchführung des Abkommens ist am 31. Juli 2024 ausgelaufen.
- (3) Am 4. März 2024² ermächtigte der Rat die Kommission, Verhandlungen mit der Republik Côte d'Ivoire über ein neues Durchführungsprotokoll (im Folgenden „Protokoll“) zum Abkommen aufzunehmen.
- (4) Die Verhandlungen wurden mit der Paraphierung des Protokolls am 21. November 2024 erfolgreich abgeschlossen.
- (5) Ziel des Protokolls ist es, es den Fischereifahrzeugen der Europäischen Union zu ermöglichen, in der Fischereizone von Côte d'Ivoire zu fischen, und die Union und die Republik Côte d'Ivoire in die Lage zu versetzen, enger zusammenzuarbeiten, um eine nachhaltige Fischereipolitik zu entwickeln, eine verantwortungsvolle Nutzung der Fischereiressourcen in der ivoirischen Fischereizone und im Atlantik zu fördern und zur Schaffung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen im Fischereisektor beizutragen.
- (6) Daher sollte das Protokoll vorbehaltlich seines Abschlusses zu einem späteren Zeitpunkt im Namen der Europäischen Union unterzeichnet werden.
- (7) Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung der Fischereitätigkeiten der Union in der Fischereizone von Côte d'Ivoire und der Notwendigkeit, den Zeitraum, in dem diese Tätigkeiten unterbrochen werden, so kurz wie möglich zu halten, sollte das Protokoll ab seiner Unterzeichnung bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig angewandt werden.

¹ ABl. L 75 vom 18.3.2008, S. 51. <http://data.europa.eu/eli/reg/2008/242/oj>

² Beschluss des Rates, angenommen auf der 4008. Sitzung des Rates „Energie“ am 4. März 2024

- (8) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde nach Artikel 42 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates³ angehört und hat am [Datum] seine Stellungnahme abgegeben —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Unterzeichnung des Protokolls zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Republik Côte d'Ivoire und der Europäischen Gemeinschaft (2025-2029) (im Folgenden „Protokoll“) wird im Namen der Union vorbehaltlich seines Abschlusses zu einem späteren Zeitpunkt genehmigt.

Der Wortlaut des zu unterzeichnenden Protokolls ist diesem Beschluss beigelegt.

Artikel 2

Bis zu seinem Inkrafttreten wird das Protokoll im Einklang mit seinem Artikel 20 ab dem Unterzeichnungsdatum vorläufig angewandt.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am

*Im Namen des Rates
Der Präsident/Die Präsidentin*

³ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, <http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj>).

FINANZBOGEN ZU RECHTSAKTEN

1. RAHMEN DES VORSCHLAGS/DER INITIATIVE

- 1.1. Bezeichnung des Vorschlags/der Initiative
- 1.2. Politikbereich(e) in der ABM-/ABB-Struktur
- 1.3. Bezeichnung des Vorschlags/der Initiative
- 1.4. Ziel(e)
- 1.5. Begründung des Vorschlags/der Initiative
- 1.6. Laufzeit und finanzielle Auswirkungen des Vorschlags/der Initiative
- 1.7. Vorgeschlagene Methode(n) der Mittelverwaltung

2. VERWALTUNGSMABNAHMEN

- 2.1. Überwachung und Berichterstattung
- 2.2. Verwaltungs- und Kontrollsystem
- 2.3. Prävention von Betrug und Unregelmäßigkeiten

3. GESCHÄTZTE FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DES VORSCHLAGS/DER INITIATIVE

- 3.1. Betroffene Rubrik(en) des Mehrjährigen Finanzrahmens und Ausgabenlinie(n) im Haushaltsplan
- 3.2. Geschätzte Auswirkungen auf die Ausgaben
 - 3.2.1. *Übersicht über die geschätzten Auswirkungen auf die Ausgaben*
 - 3.2.2. *Geschätzte Auswirkungen auf die operativen Mittel*
 - 3.2.3. *Geschätzte Auswirkungen auf die Verwaltungsmittel*
 - 3.2.4. *Vereinbarkeit mit dem derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmen*
 - 3.2.5. *Finanzierungsbeteiligung Dritter*
- 3.3. Geschätzte Auswirkungen auf die Einnahmen

FINANZBOGEN ZU RECHTSAKTEN

1. RAHMEN DES VORSCHLAGS/DER INITIATIVE

1.1. Bezeichnung des Vorschlags/der Initiative

Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Union – und die vorläufige Anwendung des Protokolls (2025-2029) zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Republik Côte d'Ivoire und der Europäischen Gemeinschaft

1.2. Politikbereich(e) in der ABM-/ABB-Struktur¹

08 – Landwirtschaft und Meerespolitik

08 05 – Partnerschaftliche Abkommen über nachhaltige Fischerei und regionale Fischereiorganisationen (RFO)

08 05 01 – Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern

1.3. Bezeichnung des Vorschlags/der Initiative

☒ Der Vorschlag/Die Initiative betrifft **eine neue Maßnahme**

☐ Der Vorschlag/Die Initiative betrifft **eine neue Maßnahme im Anschluss an ein Pilotprojekt/eine vorbereitende Maßnahme²**

☐ Der Vorschlag/Die Initiative betrifft **die Verlängerung einer bestehenden Maßnahme**

☐ Der Vorschlag/Die Initiative betrifft **eine neu ausgerichtete Maßnahme**

1.4. Ziel(e)

1.4.1. Mit dem Vorschlag/der Initiative verfolgte mehrjährige strategische Ziele der Kommission

Das Aushandeln und der Abschluss von partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei mit Drittländern entsprechen dem allgemeinen Ziel, den Fischereifahrzeugen der Europäischen Union den Zugang zu Fanggebieten von Drittländern zu ermöglichen und partnerschaftliche Beziehungen mit diesen Ländern aufzubauen, um die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiressourcen außerhalb der Unionsgewässer zu fördern.

Die partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei gewährleisten außerdem die Übereinstimmung zwischen den Grundsätzen der Gemeinsamen Fischereipolitik und den Verpflichtungen in anderen europäischen Politikbereichen (nachhaltige Nutzung der Ressourcen von Drittländern, Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU), Integration von Partnerländern in die Weltwirtschaft, Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in all ihren Dimensionen sowie ein besseres fischereipolitisches Handeln auf politischer und finanzieller Ebene).

¹ ABM: *Activity-Based Management* = maßnahmenbezogenes Management – ABB: *Activity-Based Budgeting* = maßnahmenbezogene Budgetierung.

² Gemäß Artikel 54 der Haushaltsordnung.

1.4.2. Einzelziel(e) und ABM-/ABB-Tätigkeit(en)

Einzelziel Nr. 1

Beitrag zu einer nachhaltigen Fischerei außerhalb der Unionsgewässer, Aufrechterhaltung der europäischen Präsenz in der Fernfischerei sowie Schutz der Interessen des europäischen Fischereisektors und der Verbraucherinteressen durch Aushandlung und Abschluss von partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei mit Küstenstaaten in Übereinstimmung mit anderen Bereichen europäischer Politik.

ABM-/ABB-Tätigkeit(en):

08 05 01 – Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern

1.4.3. Erwartete Ergebnisse und Auswirkungen

Bitte geben Sie an, wie sich der Vorschlag/die Initiative auf die Begünstigten/Zielgruppen auswirken dürfte.

Durch den Abschluss des Durchführungsprotokolls kann im Bereich der Fischerei eine strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Côte d'Ivoire fortgesetzt und gestärkt werden. Durch den Abschluss des Protokolls erhalten die Unionsschiffe Fangmöglichkeiten in der Fischereizone von Côte d'Ivoire.

Zudem trägt das Protokoll zu einer besseren Bewirtschaftung und Erhaltung der Fischereiressourcen bei, da es finanzielle Unterstützung (Unterstützung des Fischereisektors) bei der Umsetzung der von dem Partnerland auf nationaler Ebene verabschiedeten Programme, insbesondere im Hinblick auf den umfassenden Plan für die Fischerei, die Kontrolle und Bekämpfung der illegalen Fischerei sowie die Unterstützung der handwerklichen Fischerei, leistet.

Schließlich wird das Protokoll zur nachhaltigen Nutzung der Meeresressourcen durch Côte d'Ivoire und zur Fischereiwirtschaft Côte d'Ivoires beitragen, indem Wachstum und angemessene Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit fischereibezogenen Wirtschaftstätigkeiten gefördert werden.

1.4.4. Leistungs- und Erfolgsindikatoren

Bitte geben Sie an, anhand welcher Indikatoren sich die Realisierung des Vorschlags/der Initiative verfolgen lässt.

Ausschöpfung der Fangmöglichkeiten (Prozentsatz der pro Jahr genutzten Fanggenehmigungen bezogen auf die im Protokoll gebotenen Möglichkeiten);

Fangdaten (Erhebung und Auswertung) und Handelswert der im Rahmen des Abkommens getätigten Fänge;

Beitrag zu Beschäftigung zu angemessenen Arbeitsbedingungen im Fischereisektor und zum Mehrwert in der Union sowie zur Stabilisierung des Unionsmarkts (im Zusammenhang mit anderen partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei);

Beitrag zur Verbesserung von Forschung, Überwachung und Kontrolle von Fischereitätigkeiten durch das Partnerland und der Entwicklung seines Fischereisektors, insbesondere der handwerklichen Fischerei.

1.5. Begründung des Vorschlags/der Initiative

1.5.1. Kurz- oder langfristig zu deckender Bedarf

Das neue Durchführungsprotokoll wird ab dem Zeitpunkt seiner Unterzeichnung vorläufig angewandt, um den Zeitraum, während dessen Fischereitätigkeiten nicht möglich sind, so kurz wie möglich zu halten.

Mit dem neuen Protokoll wird ein Rahmen für die Fischereitätigkeiten der Unionsflotte in der Fischereizone Côte d'Ivoires geschaffen; gleichzeitig können die Reeder von Unionsschiffen auf dieser Grundlage Fanggenehmigungen beantragen, mit denen sie in diesem Fanggebiet fischen dürfen. Außerdem stärkt das neue Protokoll die Zusammenarbeit zwischen der Union und Côte d'Ivoire bei der Ausgestaltung einer nachhaltigen Fischereipolitik in all ihren Dimensionen. Es sieht insbesondere die Überwachung der Schiffe über VMS und die Übermittlung der Fangdaten auf elektronischem Weg vor. Die Unterstützung des Fischereisektors im

Rahmen des Protokolls hilft Côte d'Ivoire bei seiner Fischereistrategie und besonders bei der Bekämpfung von IUU-Fischerei, wobei gleichzeitig angemessene Arbeitsbedingungen in der Fischerei gefördert werden.

1.5.2. Mehrwert aufgrund des Tätigwerdens der EU

Falls die Union kein neues Protokoll abschließt, können die Unionsschiffe keine Fischereitätigkeiten ausüben, da das derzeitige Abkommen eine Klausel enthält, die Fischereitätigkeiten außerhalb des durch ein Protokoll zu dem Abkommen vorgegebenen Rahmens ausschließt. Es besteht also ein ausdrücklicher Mehrwert für die Fernfischereiflotte der Union. Das Protokoll bietet darüber hinaus einen Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Union und Côte d'Ivoire.

1.5.3. Aus früheren ähnlichen Maßnahmen gewonnene Erkenntnisse

Anhand der Auswertung der früheren Fänge in der Fischereizone Côte d'Ivoires sowie aufgrund der Bewertungen und verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten haben die Vertragsparteien die Referenzfangmenge für Thunfisch und vergleichbare Arten auf 6 100 Tonnen jährlich mit Fangmöglichkeiten für 25 Thunfischwadenfänger und 7 Oberflächen-Langleinenfischer festgesetzt. Die Unterstützung des Fischereisektors wurde hoch angesetzt, um den Prioritäten der nationalen Fischereistrategie und der Nutzung der natürlichen Ressourcen Rechnung zu tragen.

1.5.4. Vereinbarkeit mit anderen Finanzierungsinstrumenten sowie mögliche Synergieeffekte

Die im Rahmen der finanziellen Gegenleistung für den Zugang zum partnerschaftlichen Fischereiabkommen bereitgestellten Mittel stellen für den nationalen Haushalt Côte d'Ivoires Einnahmen dar. Die für die Unterstützung des Fischereisektors vorgesehenen Mittel werden allerdings (im Allgemeinen durch Aufnahme in das Jahreshaushaltsgesetz) dem zuständigen Fischereiministerium zugewiesen, da dies eine Bedingung für den Abschluss und die Überwachung der partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei ist. Diese finanziellen Mittel sind mit anderen Finanzierungsquellen kompatibel, die von anderen internationalen Geldgebern für die Durchführung nationaler Projekte und/oder Programme im Fischereisektor bereitgestellt werden.

1.6. Laufzeit und finanzielle Auswirkungen des Vorschlags/der Initiative

☒ Vorschlag/Initiative mit **befristeter Laufzeit**

- ☒ Laufzeit: ab dem Datum der Unterzeichnung im Jahr 2025 bis 2029 (4 Jahre)
- ☒ Finanzielle Auswirkungen von 2025 bis 2030

☐ Vorschlag/Initiative mit **unbefristeter Laufzeit**

- Anlaufphase von JJJJ bis JJJJ,
- anschließend reguläre Umsetzung.

1.7. Vorgeschlagene Methode(n) der Mittelverwaltung³

☒ **Direkte Mittelverwaltung** durch die Kommission

- ☒ durch ihre Dienststellen, einschließlich ihres Personals in den Delegationen der Union;
- ☐ durch Exekutivagenturen

☐ **Geteilte Mittelverwaltung** mit Mitgliedstaaten

☐ **Indirekte Mittelverwaltung** durch Übertragung von Haushaltsvollzungsaufgaben an:

- ☐ Drittländer oder die von ihnen benannten Einrichtungen
- ☐ internationale Einrichtungen und deren Agenturen (bitte angeben)
- ☐ die EIB und den Europäischen Investitionsfonds
- ☐ Einrichtungen im Sinne der Artikel 211 und 212 der Haushaltsordnung
- ☐ öffentlich-rechtliche Körperschaften
- ☐ privatrechtliche Einrichtungen, die im öffentlichen Auftrag tätig werden, sofern sie ausreichende finanzielle Garantien bieten;
- ☐ Einrichtungen eines Mitgliedstaats, die mit der Einrichtung einer öffentlich-privaten Partnerschaft betraut werden und die ausreichende Finanzsicherheiten bieten
- ☐ Personen, die mit der Durchführung bestimmter Maßnahmen im Bereich der GASP im Rahmen des Titels V EUV betraut und in dem maßgeblichen Basisrechtsakt benannt sind.
- *Falls mehrere Methoden der Mittelverwaltung angegeben werden, ist dies unter „Bemerkungen“ näher zu erläutern.*

Bemerkungen

[...]

³ Erläuterungen zu den Methoden der Mittelverwaltung und Verweise auf die Haushaltsordnung enthält die Website: [EU Financial Regulation - European Commission](#)

2. VERWALTUNGSMABNAHMEN

2.1. Überwachung und Berichterstattung

Bitte geben Sie an, wie oft und unter welchen Bedingungen diese Tätigkeiten erfolgen.

Die Kommission (GD MARE, in Zusammenarbeit mit ihrem für Côte d'Ivoire zuständigen Fischereiattaché und in Abstimmung mit den einschlägigen Kommissionsdienststellen) kontrolliert regelmäßig die Umsetzung dieses Protokolls, insbesondere die Ausschöpfung der Fangmöglichkeiten durch die Wirtschaftsbeteiligten, die gemeldeten Fangdaten und die Einhaltung der Bedingungen für die Unterstützung des Sektors.

Außerdem sieht das partnerschaftliche Fischereiabkommen mindestens eine Sitzung des Gemischten Ausschusses pro Jahr vor, bei der die Kommission und Côte d'Ivoire zusammentreffen, um die Umsetzung des Abkommens und seines Protokolls zu überprüfen und gegebenenfalls die Planung und die finanzielle Gegenleistung nach dem Protokoll anzupassen.

2.2. Verwaltungs- und Kontrollsystem

2.2.1. Ermittelte Risiken

Das ermittelte Risiko besteht in einer Nichtausschöpfung der Fangmöglichkeiten durch die Reeder der Union sowie einer unvollständigen oder verzögerten Nutzung der zur Finanzierung der Fischereipolitik bestimmten Mittel durch Côte d'Ivoire. Es ist ein eingehender Dialog über die Programmplanung und die Durchführung der gemäß dem Abkommen und dem Protokoll umzusetzenden Fischereipolitik vorgesehen. Zu den Kontrollmaßnahmen gehört auch die gemeinsame Analyse der Ergebnisse gemäß Artikel 9 des Protokolls. Darüber hinaus enthalten das Abkommen und das Protokoll spezielle Klauseln für eine Aussetzung unter bestimmten Bedingungen und Umständen.

2.2.2. Angaben zum Aufbau des Systems der internen Kontrolle

Die Zahlungen für den Zugang und den Beitrag zur Unterstützung des Sektors erfolgen getrennt.

Die Zahlungen im Zusammenhang mit dem Zugang erfolgen jährlich zum Jahrestag des Protokolls, mit Ausnahme des ersten Jahres, in dem die Zahlung innerhalb von drei Monaten nach Beginn der vorläufigen Anwendung erfolgt. Der Zugang der Schiffe wird durch die Erteilung von Fanggenehmigungen kontrolliert.

Die Zahlung der Unterstützung erfolgt erstmals innerhalb von drei Monaten nach der Einigung über das jährliche und mehrjährige Durchführungsprogramm und für die folgenden Jahre auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse. Die erzielten Ergebnisse und die Ausführungsrate werden im Einklang mit den Leitlinien für die Durchführung der sektorbezogenen Unterstützung der Fischereipolitik Côte d'Ivoires überwacht, die von den Vertragsparteien auf der Grundlage von Berichten oder Belegen des Partnerlandes sowie Bewertungen und Überprüfungen durch den Fischereiattaché zu vereinbaren sind.

2.2.3. *Schätzung der Kosten und des Nutzens der Kontrollen sowie Bewertung des erwarteten Ausmaßes des Fehlerrisikos*

Die Zahlungen der Kosten für den Zugang im Rahmen der partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei unterliegen Kontrollen, um sicherzustellen, dass sie den Bestimmungen der internationalen Abkommen entsprechen. Mit den Kontrollen in Bezug auf die Unterstützung des Fischereisektors soll die Durchführung dieser Unterstützung überwacht werden. Die Begleitung erfolgt durch Bedienstete der Kommission in den Delegationen der Union und in Sitzungen des Gemischten Ausschusses. Eine mehrjährige Programmplanung dient der Bewertung der Fortschritte. Sind diese nicht ausreichend, wird die Zahlung der nächsten Tranche ausgesetzt oder möglicherweise verringert. Die Gesamtkosten der Kontrollen aller partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei werden mit 1,8 % (bezogen auf die Beiträge des Jahres 2018) veranschlagt. Die Kontrollverfahren für die partnerschaftlichen Abkommen über nachhaltige Fischerei ergeben sich zu einem großen Teil aus unumgänglichen Regulierungsanforderungen. Werden keine Mängel festgestellt, die erhebliche Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Finanzvorgänge haben können, werden die Kontrollen als wirksam bewertet.

2.3. **Prävention von Betrug und Unregelmäßigkeiten**

Bitte geben Sie an, welche Präventions- und Schutzmaßnahmen bereits bestehen oder angedacht sind.

Die Kommission ist bestrebt, einen politischen Dialog und eine regelmäßige Abstimmung mit Côte d'Ivoire einzuführen, um die Verwaltung des Abkommens und des Protokolls sowie den Unionsbeitrag zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen zu optimieren. Alle Zahlungen, die die Kommission im Rahmen eines partnerschaftlichen Abkommens über nachhaltige Fischerei leistet, unterliegen den kommissionsüblichen Vorschriften und Verfahren im Haushalts- und Finanzbereich. Insbesondere müssen die Bankkonten der Drittländer, auf die die finanzielle Gegenleistung überwiesen wird, vollumfänglich identifiziert werden. Gemäß Artikel 8 Absatz 7 des Protokolls sind die finanzielle Gegenleistung für den Zugang und die finanzielle Gegenleistung für die Entwicklung des Sektors auf ein Konto der Staatskasse einzuzahlen.

3. GESCHÄTZTE FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DES VORSCHLAGS/DER INITIATIVE

3.1. Betroffene Rubrik(en) des Mehrjährigen Finanzrahmens und Ausgabenlinie(n) im Haushaltsplan

- Bestehende Haushaltslinien

In der Reihenfolge der Rubriken des Mehrjährigen Finanzrahmens und der Haushaltslinien

Rubrik des Mehrjährigen Finanzrahmens	Haushaltslinie	Art der Ausgaben	Finanzierungsbeiträge			
	Nummer [...][Bezeichnung.....]	GM/NGM ⁽¹⁾	von EFTA-Ländern ²	von Kandidatenländern ³	von anderen Drittländern	nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung
	08 05 01 Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Europäischen Union in Drittlandgewässern	GM	NEIN	NEIN	JA	NEIN

- Neu zu schaffende Haushaltslinien

In der Reihenfolge der Rubriken des Mehrjährigen Finanzrahmens und der Haushaltslinien

Rubrik des Mehrjährigen Finanzrahmens	Haushaltslinie	Art der Ausgaben	Finanzierungsbeiträge			
	Nummer [...][Bezeichnung.....]	GM/NGM	von EFTA-Ländern	von Kandidatenländern	von anderen Drittländern	nach Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b der Haushaltsordnung
	[...][XX.YY.YY.YY]		JA/NEIN	JA/NEIN	JA/NEIN	JA/NEIN

¹ GM = Getrennte Mittel / NGM = Nichtgetrennte Mittel.

² EFTA: Europäische Freihandelsassoziation.

³ Kandidatenländer und gegebenenfalls potenzielle Kandidaten des Westbalkans.

3.2. Geschätzte Auswirkungen auf die Ausgaben

3.2.1. Übersicht über die geschätzten Auswirkungen auf die Ausgaben

in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

Rubrik des Mehrjährigen Finanzrahmens	Nummer 2	Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen
---------------------------------------	----------	--

GD MARE			Jahr 2025	Jahr 2026	Jahr 2027	Jahr 2028	INSGESAMT
○ Operative Mittel							
Nummer der Haushaltslinie: 08 05 01	Verpflichtungen	1.	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
	Zahlungen	2.	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
Aus der Dotation bestimmter operativer Programme finanzierte Verwaltungsausgaben ¹							
Mittel INSGESAMT für die GD MARE	Verpflichtungen	=1+1a +3	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960

¹ Technische und/oder administrative Unterstützung und Ausgaben zur Unterstützung der Umsetzung von Programmen bzw. Maßnahmen der EU (vormalige BA-Linien), indirekte Forschung, direkte Forschung.

	Zahlungen	=2+2a +3	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
○ Operative Mittel INSGESAMT	Verpflichtungen	4.	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
	Zahlungen	5.	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
○ Aus der Dotation bestimmter spezifischer Programme finanzierte Verwaltungsausgaben INSGESAMT		6.					
Operative Mittel INSGESAMT unter der Rubrik 2 des Mehrjährigen Finanzrahmens	Verpflichtungen	=4+ 6	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
	Zahlungen	=5+ 6	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960

Wenn der Vorschlag/die Initiative mehrere Rubriken betrifft, ist der vorstehende Abschnitt zu wiederholen:

○ Operative Mittel INSGESAMT	Verpflichtungen	4.	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
	Zahlungen	5.	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
○ Aus der Dotation bestimmter spezifischer Programme finanzierte Verwaltungsausgaben INSGESAMT		6.					
Operative Mittel INSGESAMT unter den Rubriken 1 bis 4 des Mehrjährigen Finanzrahmens	Verpflichtungen	=4+ 6	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
	Zahlungen	=5+ 6	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960

(Referenzbetrag)							
------------------	--	--	--	--	--	--	--

Rubrik des Mehrjährigen Finanzrahmens	5	„Verwaltungsausgaben“
--	----------	-----------------------

in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

		Jahr N	Jahr N+1	Jahr N+2	Jahr N+3	Bei länger andauernden Auswirkungen (siehe 1.6) bitte weitere Spalten einfügen	INSGESAMT
GD: <.....>							
<input type="radio"/> Personal							
<input type="radio"/> Sonstige Verwaltungsausgaben							
GD INSGESAMT <....>	Mittel						

Mittel INSGESAMT unter der RUBRIK 5 des Mehrjährigen Finanzrahmens	(Verpflichtungen insges. = Zahlungen insges.)	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
---	--	-------	-------	-------	-------	--------------

in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

		Jahr 2025	Jahr 2026	Jahr 2027	Jahr 2028	INSGESA MT
Operative Mittel INSGESAMT unter den Rubriken 1 bis 5 des Mehrjährigen Finanzrahmens	Verpflichtungen	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960
	Zahlungen	0,740	0,740	0,740	0,740	2,960

3.2.2. Geschätzte Auswirkungen auf die operativen Mittel

- ☐ Für den Vorschlag/die Initiative werden keine operativen Mittel benötigt.
- ☒ Für den Vorschlag/die Initiative werden die folgenden operativen Mittel benötigt:

Mittel für Verpflichtungen in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

Ziele und Ergebnisse angeben ↓			Jahr 2025		Jahr 2026		Jahr 2027		Jahr 2028				INSGESAMT
	ERGEBNISSE												
	Art ¹	Durch schnitt skoste n	Anzahl	Koste n	Anzahl	Koste n	Anzahl	Koste n	Anzahl	Koste n	Anzahl	Koste n	Gesamtkosten
EINZELZIEL Nr. 1 ² ...													
- Zugang der		0,305		0,305		0,305		0,305		0,305			1,22
- Unterstützung		0,435		0,435		0,435		0,435		0,435			1,74
- Ergebnis													
Zwischensumme für Einzelziel Nr. 1				0,740		0,740		0,740		0,740			2,960
EINZELZIEL Nr. 2													
- Ergebnis													
Zwischensumme für Einzelziel Nr. 2													
GESAMTKOSTEN				0,740		0,740		0,740		0,740			2,960

¹ Ergebnisse sind Produkte, die geliefert, und Dienstleistungen, die erbracht werden (z. B.: Zahl der Austauschstudenten, gebaute Straßenkilometer).

² Wie unter 1.4.2. „Einzelziel(e)..." beschrieben.

3.2.3. Geschätzte Auswirkungen auf die Verwaltungsmittel

3.2.3.1. Zusammenfassung:

- ☒ Für den Vorschlag/die Initiative werden keine Verwaltungsmittel benötigt.
- ☐ Für den Vorschlag/die Initiative werden die folgenden Verwaltungsmittel benötigt:

in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

	Jahr N ¹	Jahr N+1	Jahr N+2	Jahr N+3	Bei länger andauernden Auswirkungen (siehe 1.6) bitte weitere Spalten einfügen	INSGESAM T
--	------------------------	-------------	-------------	-------------	---	---------------

RUBRIK Nr. 5 des Mehrjährigen Finanzrahmens								
Personal								
Sonstige Verwaltungsausgaben								
Zwischensumme RUBRIK Nr. 5 des Mehrjährigen Finanzrahmens								

Außerhalb der RUBRIK 5² des Mehrjährigen Finanzrahmens								
Personal								
Sonstige Verwaltungsausgaben								
Zwischensumme außerhalb der RUBRIK Nr. 5 des Mehrjährigen Finanzrahmens								

INSGESAMT								
------------------	--	--	--	--	--	--	--	--

Der Mittelbedarf für Personal- und sonstige Verwaltungsausgaben wird durch der Verwaltung der Maßnahme zugeordnete Mittel der GD oder GD-interne Personalumsetzung gedeckt. Hinzu kommen etwaige zusätzliche Mittel, die der für die Verwaltung der Maßnahme zuständigen GD nach Maßgabe der verfügbaren Mittel im Rahmen der jährlichen Mittelzuweisung zugeteilt werden.

¹ Das Jahr N ist das Jahr, in dem mit der Umsetzung des Vorschlags/der Initiative begonnen wird.
² Technische und/oder administrative Unterstützung und Ausgaben zur Unterstützung der Umsetzung von Programmen bzw. Maßnahmen der EU (vormalige BA-Linien), indirekte Forschung, direkte Forschung.

3.2.3.2. Geschätzter Personalbedarf

- ☒ Für den Vorschlag/die Initiative wird kein Personal benötigt.
- ☐ Für den Vorschlag/die Initiative wird folgendes Personal benötigt:

Schätzung in Vollzeitäquivalenten

	Jahr N	Jahr N+1	Jahr N+2	Jahr N+3	Bei länger andaue renden Auswir kungen (siehe 1.6) bitte weitere Spalten einfüge n
○ Im Stellenplan vorgesehene Planstellen (Beamte und Bedienstete auf Zeit)					
XX 01 01 01 (am Sitz und in den Vertretungen der Kommission)					
XX 01 01 02 (in den Delegationen)					
XX 01 05 01 (indirekte Forschung)					
10 01 05 01 (direkte Forschung)					
○ Externes Personal (in Vollzeitäquivalenten – VZÄ)¹					
XX 01 02 01 (VB, ANS und LAK der Globaldotation)					
XX 01 02 02 (VB, ÖB, ANS, LAK und JFD in den Delegationen)					
XX 01 04 jj²	- in den zentralen Dienststellen				
	- in den Delegationen				
XX 01 05 02 (VB, ANS und LAK der indirekten Forschung)					
10 01 05 02 (VB, ANS und LAK der direkten Forschung)					
Sonstige Haushaltslinien (bitte angeben)					
INSGESAMT					

XX steht für den jeweiligen Politikbereich bzw. Haushaltstitel.

Der Personalbedarf wird durch der Verwaltung der Maßnahme zugeordnete Mittel der GD oder GD-interne Personalumsetzung gedeckt. Hinzu kommen etwaige zusätzliche Mittel, die der für die Verwaltung der Maßnahme zuständigen GD nach Maßgabe der verfügbaren Mittel im Rahmen der jährlichen Mittelzuweisung zugeteilt werden.

Beschreibung der auszuführenden Aufgaben:

Beamte und Zeitbedienstete	
Externes Personal	

¹ VB = Vertragsbedienstete, ÖB = örtliche Bedienstete, ANS = abgeordnete nationale Sachverständige, LAK = Leiharbeitskräfte, JFD = Juniorfachkräfte in Delegationen.

² Teilobergrenzen für aus operativen Mitteln finanziertes externes Personal (vormalige BA-Linien).

3.2.4. Vereinbarkeit mit dem derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmen

- ☒ Der Vorschlag/Die Initiative ist mit dem derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmen vereinbar.
- ☐ Der Vorschlag/Die Initiative erfordert eine Anpassung der betreffenden Rubrik des derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmens.

Nutzung der Reservelinie (Kapitel 40).

- ☐ Der Vorschlag/Die Initiative erfordert eine Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments oder eine Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens.

Bitte erläutern Sie den Bedarf unter Angabe der betreffenden Rubriken und Haushaltslinien sowie der entsprechenden Beträge.

[...]

3.2.5. Finanzierungsbeteiligung Dritter

- ☒ Der Vorschlag/Die Initiative sieht keine Kofinanzierung durch Dritte vor.
- Der Vorschlag/Die Initiative sieht folgende Kofinanzierung vor:

Mittel in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

	Jahr N	Jahr N+1	Jahr N+2	Jahr N+3	Bei länger andauernden Auswirkungen (siehe 1.6) bitte weitere Spalten einfügen			Insgesamt
Kofinanzierende Einrichtung								
Kofinanzierung INSGESAMT								

3.3. Geschätzte Auswirkungen auf die Einnahmen

- ☒ Der Vorschlag/Die Initiative wirkt sich nicht auf die Einnahmen aus.
- ☐ Der Vorschlag/Die Initiative wirkt sich auf die Einnahmen aus, und zwar
 - ☐ auf die Eigenmittel
 - ☐ auf sonstige Einnahmen

in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

Einnahmenlinie:	Für das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung stehende Mittel	Auswirkungen des Vorschlags/der Initiative ¹						
		Jahr N	Jahr N+1	Jahr N+2	Jahr N+3	Bei länger andauernden Auswirkungen (siehe 1.6) bitte weitere Spalten einfügen		
Artikel								

Bitte geben Sie für die sonstigen zweckgebundenen Einnahmen die betreffende(n) Ausgabenlinie(n) an.

[...]

Bitte geben Sie an, wie die Auswirkungen auf die Einnahmen berechnet werden.

[...]

¹ Bei den traditionellen Eigenmitteln (Zölle, Zuckerabgaben) sind die Beträge netto, d. h. abzüglich 25 % für Erhebungskosten, anzugeben.



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 5.3.2025
COM(2025) 73 final

ANNEX

ANHÄNGE

des

Vorschlags für einen BESCHLUSS DES RATES

**über die Unterzeichnung – im Namen der Union – und die vorläufige Anwendung des
Protokolls (2025-2029) zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens
zwischen der Republik Côte d’Ivoire und der Europäischen Gemeinschaft**

ANHANG
PROTOKOLL ZUR UMSETZUNG DES PARTNERSCHAFTLICHEN
FISCHEREIABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK CÔTE D'IVOIRE UND DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

In ANBETRACHT der engen Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien, insbesondere im Rahmen der Beziehungen zwischen der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (OAKPS) und der Europäischen Union, sowie ihres gemeinsamen Wunsches, diese Beziehungen zu vertiefen,

In ANBETRACHT des partnerschaftlichen Abkommens über nachhaltige Fischerei zwischen der Republik Côte d'Ivoire und der Europäischen Gemeinschaft,

vereinbare die Vertragsparteien dieses Protokolls Folgendes:

Artikel 1

Für dieses Protokoll geltende Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Protokolls gelten die Begriffsbestimmungen des Artikels 2 des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Côte d'Ivoire (im Folgenden die „Vertragsparteien“). Darüber hinaus bezeichnet der Begriff

„Abkommen“ das partnerschaftliche Fischereiabkommen zwischen der Republik Côte d'Ivoire und der Europäischen Gemeinschaft;

„Abkommen von Samoa“: das Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits¹,

„Unionsbehörden“ die Europäische Kommission, gegebenenfalls über die Delegation der Union in Côte d'Ivoire, entsprechend dem Begriff „Gemeinschaftsbehörden“ im Sinne von Artikel 2 des Abkommens;

„Behörden von Côte d'Ivoire“ das Ministerium für Fischereiressourcen;

„Unterstützung des Fischereisektors“ die finanzielle Unterstützung der Union für die Durchführung der Fischerei- und Aquakulturpolitik von Côte d'Ivoire;

„Fänge“ im Meer lebende Arten, die mit einem von einem Fischereifahrzeug eingesetzten Fanggerät gefangen werden;

„Anlandung“ das Entladen einer beliebigen Menge von Fischereierzeugnissen von Bord eines Fischereifahrzeugs an Land;

„Delegation“ die Delegation der Europäischen Union in Côte d'Ivoire;

„Fischsammelgeräte“ künstliche oder natürliche Objekte auf der Meeresoberfläche, unter denen sich verschiedene Arten, die sie anziehen, sammeln, wodurch die Fängigkeit dieser Arten erhöht wird;

„Nationale Rechtsvorschriften“ die Rechtsvorschriften von Côte d'Ivoire über Fischereitätigkeiten;

„Fanglizenz“ eine behördliche Genehmigung, die einem Betreiber von Côte d'Ivoire für ein Unionsschiff erteilt wird und ihm das Recht verleiht, während eines bestimmten Zeitraums

¹ [ABl. L 2862 vom 28.12.2023, S. 10.](#)

Fischereitätigkeiten in der ivoirischen Fischereizone auszuüben; Begriffe, die dem Begriff „Fangerlaubnis“ in den Rechtsvorschriften der Union entsprechen;

„Unionsschiff“ ein Schiff, das die Flagge eines Mitgliedstaats der Union führt und in der Union registriert ist;

„Hilfsschiff“ ein Schiff mit Ausnahme von an Bord mitgeführten Hilfsbooten, das nicht mit einsatzbereitem Fanggerät zum Fangen oder Anlocken von Fischen ausgestattet ist und Fischereitätigkeiten erleichtert, unterstützt oder vorbereitet;

„Beobachter“ jede Person, die von einer nationalen Behörde dazu ermächtigt wurde, gemäß dem Anhang die Anwendung der Vorschriften für die Fischereitätigkeiten zu beobachten oder die Tätigkeiten für wissenschaftliche Zwecke zu beobachten;

„Betreiber“ jede natürliche oder juristische Person, die ein Unternehmen leitet oder besitzt, das auf gleich welcher Stufe der Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung von oder des Handels mit Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen tätig ist;

„Fischereitätigkeit“ alle Tätigkeiten in Verbindung mit der Suche nach Fisch, dem Ausbringen, Schleppen und Einholen von aktivem Fanggerät sowie dem Aussetzen, Ausgesetztlassen, Wiedereinholen oder erneuten Aussetzen stationärer Fanggeräte und dem Entfernen des Fangs aus dem Gerät, den Netzen oder den Transportkäfigen sowie dem Einsetzen in Mast- oder Aufzuchtkäfige;

„nachhaltige Fischerei“ Fischerei in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen des Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Fischerei, der auf der Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) 1995 verabschiedet wurde;

„Fischer“ jede Person, die an Bord eines Fischereifahrzeugs in irgendeiner Eigenschaft beschäftigt oder angeheuert ist oder eine berufliche Tätigkeit ausführt, einschließlich der an Bord arbeitenden Personen, die auf der Grundlage einer Fangbeteiligung entlohnt werden, aber ausschließlich Lotsen, Marinepersonal, anderer Personen im ständigen Staatsdienst, an Land tätiger Personen, die Arbeiten an Bord eines Fischereifahrzeugs durchführen, und Fischereibeobachtern; AKP-Seeleute gemäß dem Abkommen sind als Fischer im Sinne dieser Begriffsbestimmung zu verstehen;

„Fangmöglichkeiten“ ein quantifiziertes Recht auf Fischfang, ausgedrückt in Fangmengen oder Fischereiaufwand;

„Protokoll“ das vorliegende Protokoll zur Durchführung des Abkommens, seinen Anhang und dessen Anlagen;

„Côte d'Ivoire“ die Republik Côte d'Ivoire;

„Rückwürfe“ nicht an Bord behaltene Fänge;

„Umladung“ die direkte Überführung einer beliebigen Menge Fisch an Bord eines Schiffes auf ein anderes Schiff, unabhängig vom Ort der Durchführung, ohne dass der Fisch als angelandet registriert wird;

„Die Union“ die Europäische Union, ehemals die Europäische Gemeinschaft.

Artikel 2

Ziel

Ziel dieses Protokolls ist es, die Bestimmungen des Abkommens umzusetzen und insbesondere die Bedingungen für den Zugang von Unionsschiffen zur Fischereizone Côte d'Ivoires sowie die Durchführungsbestimmungen zur Partnerschaft für nachhaltige Fischerei festzulegen.

Artikel 3 *Geltungszeitraum*

Dieses Protokoll gilt für einen Zeitraum von vier Jahren ab dem Datum seiner Unterzeichnung gemäß Artikel 20.

Artikel 4 *Verhältnis zwischen diesem Protokoll und dem Abkommen*

Das Protokoll wird im Kontext des Abkommens und im Einklang mit diesem ausgelegt und angewandt.

Für den Fall, dass das bestehende Abkommen durch ein neues Abkommen außer Kraft gesetzt, ersetzt oder geändert wird, kommen die Vertragsparteien überein, dieses Protokoll auf Antrag einer Vertragspartei zu ändern, soweit dies erforderlich ist, um es mit dem neuen oder dem geänderten Abkommen in Einklang zu bringen.

Artikel 5 *Grundsätze*

Die Vertragsparteien handeln und führen das Abkommen im Einklang mit den folgenden Grundsätzen durch:

1. Die Durchführung des Protokolls, insbesondere die Ausübung der Fischereitätigkeiten, erfolgt so, dass eine gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Gewinne gewährleistet ist.
2. Die Vertragsparteien setzen dieses Protokoll im Einklang mit Artikel 9 des Samoa-Abkommens um.
3. In Anwendung des Grundsatzes der Transparenz stellt Côte d'Ivoire der Union im Rahmen des Gemischten Ausschusses Informationen über Abkommen, die ausländischen Thunfischfängern Zugang zu seiner Fischereizone gewähren, sowie die Liste der in diesem Rahmen zugelassenen Thunfischfänger zur Verfügung.
4. Nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung verpflichtet sich Côte d'Ivoire, auf alle in seiner Fischereizone tätigen ausländischen industriellen Thunfischflotten, die dieselben Merkmale aufweisen wie diejenigen, die unter dieses Protokoll fallen, dieselben technischen Maßnahmen und Erhaltungsmaßnahmen anzuwenden.
5. In Bezug auf gebietsübergreifende und weit wandernde Fischbestände tragen die Vertragsparteien bei der Festlegung der Ressourcen, für die Zugang gewährt werden kann, auf regionaler Ebene durchgeführten wissenschaftlichen Bewertungen sowie von einschlägigen regionalen Fischereiorganisationen (RFO) angenommenen Bestandserhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen gebührend Rechnung.
6. Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Fischer an Bord von Unionsschiffen müssen im Einklang stehen mit den für Fischer geltenden Instrumenten der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO), insbesondere der Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit (1998) in der Fassung von 2022 und dem Übereinkommen Nr. 188 über die Arbeit im Fischereisektor. Dazu gehören insbesondere die Achtung der Vereinigungsfreiheit und die wirksame Anerkennung des Rechts der Arbeitnehmer auf Tarifverhandlungen, der Ausschluss von Zwangs- und Kinderarbeit, Diskriminierungsfreiheit in Beschäftigung und

Beruf sowie ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen an Bord von Fischereifahrzeugen der Union.

7. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Ratifizierung der für Fischer geltenden IAO- und IMO-Übereinkommen zu fördern. Sie verpflichten sich ferner, eine angemessene Ausbildung der Fischer zu fördern und sich dabei insbesondere an das Internationale IMO-Übereinkommen über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst für Personal an Bord von Fischereifahrzeugen (STCW-F) zu halten.

Artikel 6

Verhältnis zwischen dem Protokoll und anderen Übereinkünften und Rechtsinstrumenten im Fischereibereich

Das Protokoll ist auszulegen und anzuwenden unter Beachtung

- a) der Empfehlungen und Entschlüssen der ICCAT oder anderer einschlägiger regionaler Fischereiorganisationen wie des Fischereiausschusses für den östlichen Zentralatlantik (CECAF) und des Fischereiausschusses für den westlich-zentralen Golf von Guinea.
- b) des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Fischbestände von 1995;
- c) des Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Fischerei von 1995 (FAO);
- d) des Übereinkommens über Hafenstaatmaßnahmen von 2009 (FAO);
- e) der unverbindlichen Leitlinien zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit der handwerklichen Fischerei im Rahmen der Ernährungssicherheit und der Beseitigung der Armut, die 2015 veröffentlicht wurden (FAO),

und in einer Weise, die mit diesen vereinbar ist.

Artikel 7

Zugang der Unionsschiffe zu der Fischereizone

1. Der Zugang zu der Fischereizone gemäß Artikel 5 des Abkommens ist Unionsschiffen bis zu folgenden Grenzen gestattet:
 - a) Thunfischwadenfänger/Froster: 25 Schiffe;
 - b) Oberflächen-Langleinenfänger: 7 Schiffe;

Hilfsschiffe werden unter den im Anhang festgelegten Bedingungen und im Einklang mit den einschlägigen Entschlüssen und Empfehlungen der ICCAT zugelassen.

2. Die Fischereitätigkeiten der in Absatz 1 genannten Schiffe betreffen weit wandernde Arten (in Anhang 1 des Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 aufgeführte Arten) mit Ausnahme der Arten, die im Rahmen der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) oder anderer internationaler Übereinkommen oder Übereinkommen des ivoirischen Rechts geschützt sind oder deren Fang verboten ist, insbesondere die in Anlage 2 aufgeführten Arten.

3. Absatz 1 gilt vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 11 und 12 dieses Protokolls.

4. Unionsschiffe dürfen in der ivoirischen Fischereizone nur Fischfang betreiben, wenn sie im Besitz einer Fanglizenz im Rahmen dieses Protokolls für die ivoirische Fischereizone sind.

5. Die Behörden von Côte d'Ivoire erteilen Unionsschiffen nur im Rahmen dieses Protokolls Fanglizenzen. Die Erteilung von Fanglizenzen an Unionsschiffe außerhalb des Geltungsbereichs dieses Protokolls, insbesondere in Form von Lizenzen für den direkten Fischfang, ist untersagt.
6. Die geografischen Koordinaten der Fischereizone sind im Anhang, Anlage 1, aufgeführt.

Artikel 8

Finanzielle Gegenleistung - Zahlungsweise

1. Die finanzielle Gegenleistung gemäß Artikel 7 des Abkommens wird auf 740 000 EUR pro Jahr festgesetzt, was einem Gesamtbetrag von 2 960 000 EUR für den in Artikel 3 genannten Zeitraum entspricht.
2. Die finanzielle Gegenleistung setzt sich zusammen aus:
 - a) einem Jahresbetrag in Höhe von 305 000 EUR, der einer Referenzfangmenge von 6 100 Tonnen jährlich entspricht, für den Zugang zur Fischereizone Côte d'Ivoire, und
 - b) einem spezifischen jährlichen Betrag von 435 000 EUR als Beitrag zur Durchführung der Fischereipolitik von Côte d'Ivoire.
3. Darüber hinaus zahlen die Betreiber gemäß Kapitel II des Anhangs einen jährlichen finanziellen Beitrag für den Zugang ihrer Schiffe zur ivoirischen Fischereizone.
4. Absatz 2 gilt vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 9, 11, 12, 17 und 18 dieses Protokolls und der Artikel 12 und 13 des Abkommens.
5. Überschreiten die Fänge der Unionsschiffe im Laufe eines Jahres die jährliche Referenzmenge, so wird der Betrag der jährlichen finanziellen Gegenleistung durch eine Zahlung in Höhe von 50 EUR je zusätzlich gefangener Tonne ergänzt. Die Zahlung dieser zusätzlichen Fänge erfolgt nach Genehmigung der Fänge des Jahres durch die Vertragsparteien nach den Bestimmungen gemäß Kapitel II des Anhangs. Übersteigen die Fangmengen der europäischen Schiffe jedoch das Doppelte der jährlichen Referenzfangmenge, so wird die Zahlung des Betrags für Fänge, die diesen Schwellwert überschreiten, um ein Jahr aufgeschoben.
6. Die Zahlung der finanziellen Gegenleistung gemäß Absatz 2 Buchstabe a erfolgt für das erste Jahr spätestens neunzig Tage nach dem Datum der vorläufigen Anwendung des Protokolls und für die Folgejahre spätestens am Jahrestag des Inkrafttretens des Protokolls.
7. Die finanzielle Gegenleistung wird an die Staatskasse von Côte d'Ivoire gezahlt.
8. Die finanzielle Gegenleistung gemäß Absatz 2 Buchstabe b wird auf ein Konto der Staatskasse überwiesen, das der Unterstützung des Fischereisektors dient. Die Zahlung erfolgt gemäß Artikel 9 Absatz 10.
9. Die Daten des oder der vorstehend genannten Konten werden der Union jährlich von den Behörden von Côte d'Ivoire mitgeteilt.
10. Jeder Teil der finanziellen Gegenleistung wird in den Staatshaushalt eingestellt und unterliegt den Vorschriften und Verfahren für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen Côte d'Ivoires.

Artikel 9
Unterstützung des Fischereisektors

1. Im Rahmen dieses Protokolls wird ein Programm zur Unterstützung des Fischereisektors festgelegt. Er trägt zur Umsetzung der Fischerei- und Aquakulturpolitik in Côte d'Ivoire bei, indem es insbesondere Folgendes unterstützt:
 - a) die Verbesserung der wissenschaftlichen Kenntnisse und Kapazitäten in Bezug auf die Fischereiressourcen;
 - b) Maßnahmen zur Bewirtschaftung und Entwicklung einer nachhaltigen handwerklichen Fischerei und Aquakultur;
 - c) die Fischereigemeinden, insbesondere durch Beschäftigungsförderung und berufliche Bildung, unter besonderer Berücksichtigung von Frauen und jungen Menschen;
 - d) die Festlegung und Umsetzung von Kontroll- und Inspektionsmaßnahmen für Fischereitätigkeiten, insbesondere zur Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei), zur Abschreckung und Ahndung von Verstößen im Zusammenhang mit der IUU-Fischerei;
2. Die Union und Côte d'Ivoire vereinbaren in dem Gemischten Ausschuss nach Artikel 9 des Abkommens spätestens drei Monate nach Beginn der vorläufigen Anwendung dieses Protokolls das Mehrjahresprogramm zur Unterstützung des Sektors, das insbesondere Folgendes umfasst:
 - a) die Leitlinien für die Verwendung der in Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b genannten finanziellen Gegenleistung;
 - b) Ziele zur Förderung einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Fischerei;
 - c) die Kriterien für die Bewertung der Ergebnisse und die Bedingungen, unter denen die Zahlungen geleistet werden (Leitlinien).
3. Die Interessenträger in Côte d'Ivoire werden zu diesem Programm konsultiert.
4. Für jedes Projekt oder jede Tätigkeit wird ein Jahresprogramm erstellt, das Folgendes umfasst:
 - a) die Bedürfnisse, die mit diesen Projekten oder Tätigkeiten erfüllt werden sollen
 - b) die Ziele
 - c) die erwarteten Ergebnisse und messbaren Indikatoren
 - d) Kostenschätzungen
 - e) den voraussichtlichen Zeitplan für die Umsetzung. Dieser Zeitplan kann vorsehen, dass sich die Durchführung des Programms über mehrere Jahre erstreckt.
5. Die Vertragsparteien sorgen für die Sichtbarkeit der durch die Unterstützung des Fischereisektors finanzierten Maßnahmen und des Tätigwerdens der Union im Rahmen der Partnerschaft mit Côte d'Ivoire. Diese Sichtbarkeit gehört zu den oben genannten Zielen.
6. Jede vorgeschlagene wesentliche Änderung des Programms zur Unterstützung des Fischereisektors oder der spezifischen Mittelzuweisungen für die durchzuführenden Projekte muss der Union vorab mitgeteilt und von den Vertragsparteien im Gemischten Ausschuss genehmigt werden.
7. Côte d'Ivoire legt dem Gemischten Ausschuss jährlich einen schriftlichen Bericht über die Durchführung der Programmtätigkeiten und eine Bilanz der finanziellen Durchführung vor, in der

die Ergebnisse der Durchführung des mehrjährigen Programms bewertet werden. Der Gemischte Ausschuss beschließt über die Auszahlung einer weiteren Tranche entsprechend der Erreichung der Ziele bei der Durchführung des Programms.

8. Darüber hinaus wird spätestens sechs Monate nach der letzten Zahlung gemäß Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b ein Abschlussbericht über das gesamte Mehrjahresprogramm vorgelegt. Dieser stellt eine Bilanz der Durchführung des Programms für alle im Rahmen des Protokolls geleisteten Zahlungen dar.

9. Die Vertragsparteien setzen die Unterstützung des Fischereisektors bis zur vollständigen Verwendung der besonderen finanziellen Gegenleistung gemäß Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b fort, gegebenenfalls auch nach Ablauf dieses Protokolls.

10. Die Zahlung der spezifischen finanziellen Gegenleistung gemäß Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b dieses Protokolls erfolgt

- a) für die erste Tranche nach der Validierung des Programms zur Unterstützung des Fischereisektors durch den Gemischten Ausschuss gemäß Absatz 2.
- b) für die nächsten Tranchen nach der Bewertung der Ergebnisse gemäß Absatz 4 unter Berücksichtigung der Fortschritte bei der Durchführung der Tätigkeiten, die vom Gemischten Ausschuss zu bewerten sind.

Außer in Fällen höherer Gewalt kann die Zahlung dieser besonderen finanziellen Gegenleistung allerdings nur bis maximal zwölf Monate nach Ablauf dieses Protokolls erfolgen.

11. Die Vertragsparteien kommen überein, Leitlinien für die Durchführung und Überwachung der Unterstützung des Fischereisektors festzulegen. Diese Leitlinien werden bei der ersten Sitzung des Gemischten Ausschusses validiert und können erforderlichenfalls geändert werden.

12. Die Überprüfungen und Kontrollen der Verwendung der Mittel der in Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b genannten Gegenleistung können von den Prüf- und Kontrollinstanzen jeder Vertragspartei, einschließlich des Europäischen Rechnungshofs und des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung, durchgeführt werden. Dies schließt das Recht auf Zugang zu Informationen, Dokumenten, Standorten und begünstigten Einrichtungen ein.

Artikel 10

Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit für verantwortungsvolle Fischerei

1. Die Vertragsparteien nehmen eine wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit auf, die den Grundsätzen und Zielen des Artikels 3 des Abkommens entspricht.

2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Hinblick auf die nachhaltige Fischerei auf regionaler Ebene insbesondere im Rahmen der Internationalen Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT), aber auch in allen übrigen zuständigen regionalen und internationalen Organisationen verstärkt zusammenzuarbeiten. Die Vertragsparteien halten die ICCAT-Empfehlungen ein.

3. Die Vertragsparteien arbeiten bei der Verstärkung der Kontroll- und Inspektionsmechanismen sowie der Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei in Côte d'Ivoire zusammen.

4. Gemäß Artikel 4 des Abkommens können die Vertragsparteien eine wissenschaftliche Bewertungssitzung einberufen, um Maßnahmen zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischereiressourcen und zur Umsetzung des Artikels 12 zu empfehlen.

Artikel 11

Einvernehmliche Anpassung der Fangmöglichkeiten

1. Die in Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a genannten Fangmöglichkeiten können nach Konsultationen gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens einvernehmlich erhöht werden, sofern diese Erhöhung die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen von Côte d'Ivoire nicht beeinträchtigt. In diesem Fall wird die finanzielle Gegenleistung nach Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a zeitanteilig erhöht.
2. Einigen sich die Vertragsparteien dagegen auf eine Verringerung der Fangmöglichkeiten gemäß Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a, so wird die finanzielle Gegenleistung zeitanteilig entsprechend gekürzt.

Artikel 12

Neue Fangmöglichkeiten und Versuchsfischerei

1. Sind die Betreiber von Fischereifahrzeugen der Union an Fischereitätigkeiten interessiert, die nicht in Artikel 7 Absatz 1 oder Absatz 2 aufgeführt sind, so konsultiert die Union Côte d'Ivoire im Hinblick auf eine etwaige Genehmigung dieser neuen Tätigkeiten. Im Rahmen dieser Konsultationen halten sich die Vertragsparteien an die einschlägigen wissenschaftlichen Gutachten, insbesondere die der regionalen oder subregionalen Fischereiorganisationen.
2. Die in Artikel 10 Absatz 4 dieses Protokolls vorgesehene wissenschaftliche Sitzung kann vom Gemischten Ausschuss beauftragt werden,
 - a) Empfehlungen für die Erforschung neuer Fischereien, insbesondere in Form von Versuchsfischereikampagnen, abzugeben;
 - b) Bedingungen für diese neuen Fangmöglichkeiten, wie z. B. die Aufstellung mehrjähriger Bewirtschaftungspläne, festlegen.
3. Die Vertragsparteien vereinbaren im Gemischten Ausschuss die erforderlichen Änderungen dieses Protokolls.
4. Auf Empfehlung der wissenschaftlichen Sitzung können die Vertragsparteien Versuchsfischereikampagnen in der Fischereizone Côte d'Ivoires genehmigen, um die technische Durchführbarkeit und die wirtschaftliche Rentabilität neuer Fischereien zu testen.
5. Zu diesem Zweck informiert die Europäische Union die Behörden von Côte d'Ivoire über die Versuchsfischereianträge; dies geschieht mittels einer technischen Dokumentation, die folgende Angaben enthalten muss:
 - a) die technischen Merkmale des Schiffes
 - b) Erfahrung und Qualifikation der Schiffsoffiziere für die betreffende Fischerei
 - c) technische Parameter der vorgeschlagenen Maßnahmen (Laufzeit, Fanggerät, zu erforschende Regionen usw.).
6. Die Dauer der Versuchsfischerei folgt den Empfehlungen der wissenschaftlichen Sitzung und darf insgesamt sechs Monate nicht überschreiten. Die Genehmigung unterliegt der Zahlung einer Gebühr, deren Höhe von den Behörden von Côte d'Ivoire festgelegt wird.
7. Während der gesamten Dauer der Kampagne befinden sich jeweils ein wissenschaftlicher Beobachter des Flaggenstaates und Côte d'Ivoires an Bord. Ihre Beobachtungsprotokolle werden entsprechend den Empfehlungen der wissenschaftlichen Sitzung harmonisiert.

8. Alle im Laufe der Versuchsfischereikampagne getätigten Fänge werden in Côte d'Ivoire angelandet und verkauft.
9. Die ausführlichen Ergebnisse der Kampagne werden im Rahmen der wissenschaftlichen Sitzung analysiert, und die Schlussfolgerungen werden dem Gemischten Ausschuss zur Prüfung vorgelegt.

Artikel 13 *Geltende Rechtsvorschriften*

1. Die Tätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in der Fischereizone von Côte d'Ivoire unterliegen diesem Protokoll und, soweit eine Bestimmung nicht unter dieses Protokoll fällt, den Rechtsvorschriften von Côte d'Ivoire.
2. Côte d'Ivoire übermittelt der Union die vor der vorläufigen Anwendung dieses Protokolls geltenden Rechtsvorschriften.
3. Die Behörden von Côte d'Ivoire setzen die Europäische Union umgehend über jede Änderung oder jede neue Rechtsvorschrift in Kenntnis, die den Fischereisektor betrifft. Innerhalb von sechzig Tagen nach dieser Mitteilung können die Änderungen den Unionsschiffen entgegengehalten werden.
4. Die Europäische Union setzt die Behörden von Côte d'Ivoire über jede Änderung oder jede neue Rechtsvorschrift in Kenntnis, die die Fischereitätigkeit der Fernflotte der Europäischen Union betrifft.

Artikel 14 *Elektronischer Datenaustausch*

1. Côte d'Ivoire und die Europäische Union setzen sichere IT-Systeme ein, mit denen der Echtzeitaustausch von Daten im Zusammenhang mit den Genehmigungen und Tätigkeiten von Unionsschiffen oder der elektronische Austausch gemäß den Bestimmungen dieses Protokolls automatisiert werden.
2. Die Union stellt sicher, dass Côte d'Ivoire regelmäßig Folgendes übermittelt wird:
 - a) in Bezug auf die Tätigkeiten der Unionsschiffe in der Fischereizone von Côte d'Ivoire:
 - Schiffspositionen gemäß den Bestimmungen für das Schiffsüberwachungssystem (VMS);
 - tägliche Fänge der in Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Unionsschiffe,
 - Mitteilungen der Einfahrt in die Fischereizone und der Ausfahrt aus der Fischereizone für die Unionsschiffe gemäß Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a und b,
 - b) im Falle von ivorischen Häfen:
 - Voranmeldungen von Umladungen und Umladeerklärungen für Schiffe gemäß Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a und b;
 - Voranmeldungen der Rückkehr in den Hafen und Anlandeerkklärungen der Schiffe gemäß Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a und b.
3. Die elektronische Fassung eines übermittelten Dokuments ist durchgehend als der Papierfassung gleichwertig zu betrachten.

4. Côte d'Ivoire und die Union melden einander unverzüglich jede Störung der oben genannten IT-Systeme und führen die Verfahren ein, die für die Kontinuität des Informationsaustauschs erforderlich sind.
5. Die Modalitäten der Datenübermittlung, einschließlich der Bestimmungen über die Fortsetzung des Informationsaustausches, sind im Anhang dargelegt.
6. Die Vertragsparteien bemühen sich, die Übermittlung von ERS-Daten gemäß Kapitel III des Anhangs innerhalb von höchstens zwölf Monaten nach Unterzeichnung des Protokolls im UN/FLUX-Format durchzuführen.
7. Im Falle technischer Schwierigkeiten kommen die Vertragsparteien überein, einander zu konsultieren, um zu einer Alternativlösung zu gelangen, und Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Ziel so bald wie möglich zu erreichen.

Artikel 15 *Datenschutz*

1. Côte d'Ivoire und die Union stellen sicher, dass die im Rahmen des Abkommens ausgetauschten Daten von der zuständigen Behörde ausschließlich für die Durchführung des Abkommens und insbesondere für Bewirtschaftungszwecke sowie für die Überwachung und Kontrolle der Fischerei verwendet werden.
2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle wirtschaftlich sensiblen und personenbezogenen Daten über Unionsschiffe und ihre Fischereitätigkeiten, die sie im Rahmen des Fischereiabkommens erhalten, sowie alle wirtschaftlich sensiblen Informationen im Zusammenhang mit den von der Union verwendeten Kommunikationssystemen vertraulich zu behandeln. Die Vertragsparteien stellen sicher, dass nur aggregierte Daten zu den Fischereitätigkeiten in der Fischereizone öffentlich zugänglich sind.
3. Personenbezogene Daten müssen auf rechtmäßige Weise, in Treu und Glauben und in einer für die betroffene Person nachvollziehbaren Weise verarbeitet werden.
4. Personenbezogene Daten, die im Rahmen des Abkommens ausgetauscht werden, werden gemäß den Bestimmungen in Anlage 6 zum Anhang dieses Protokolls verarbeitet. Der Gemischte Ausschuss kann weitere Garantien und Rechtsbehelfe in Bezug auf personenbezogene Daten und die Rechte betroffener Personen festlegen.
5. Die im Rahmen des Abkommens ausgetauschten Daten werden auch nach Ablauf dieses Protokolls weiterhin gemäß diesem Artikel und gemäß Anlage 6 verarbeitet.

Artikel 16 *Befugnisse des Gemischten Ausschusses*

1. Der mit Artikel 9 des Abkommens eingesetzte Gemischte Ausschuss kann sich per Briefwechsel oder per Fernsitzung beraten oder Beschlüsse fassen.
2. Der Gemischte Ausschuss nimmt nach den Verfahren der Vertragsparteien Änderungen dieses Protokolls an, die Folgendes betreffen:
 - a) die Fangmöglichkeiten gemäß Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 1 und folglich die finanzielle Gegenleistung gemäß Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a;
 - b) die Modalitäten für die Durchführung der Unterstützung des Fischereisektors gemäß Artikel 9;

- c) die Bedingungen für die Ausübung der Fischereitätigkeiten durch die Unionsschiffe;
- d) die zusätzlichen Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten gemäß Artikel 15 Absatz 4;
- e) die Durchführung des Artikels 4 dieses Protokolls.

Die so vorgenommenen Änderungen dieses Protokolls werden in einem von den Vertragsparteien unterzeichneten Protokoll festgehalten, in dem das Datum angegeben ist, an dem diese Änderungen rechtskräftig sind.

Artikel 17 *Halbzeitüberprüfung*

Auf seiner Jahrestagung im Jahr 2026 überprüft der Gemischte Ausschuss die technischen Bestimmungen dieses Protokolls und seines Anhangs gemäß Artikel 4 dieses Protokolls.

Artikel 18 *Aussetzung der Durchführung des Protokolls*

1. Die Durchführung dieses Protokolls kann nach Konsultation im Gemischten Ausschuss auf Initiative einer Vertragspartei ausgesetzt werden, wenn eine oder mehrere der nachstehenden Bedingungen festgestellt werden:

- a) außergewöhnliche Umstände, im Sinne von Artikel 2 Buchstabe h des Abkommens, die die Ausübung der Fangtätigkeiten in der ivoirischen Fischereizone verhindern;
- b) grundlegende Änderungen bei der Festlegung und Durchführung der Fischereipolitik einer der Vertragsparteien, die sich auf die Ausübung dieser Tätigkeiten auswirken;
- c) Auslösung der in Artikel 101 Absätze 6 und 7 des Samoa-Abkommens vorgesehenen Mechanismen bei Verstößen gegen wesentliche Elemente oder bei schweren Korruptionsfällen im Sinne des Samoa-Abkommens;
- d) Nichtzahlung der finanziellen Gegenleistung gemäß Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe a durch die Europäische Union gemäß den Bestimmungen nach Absatz 3 dieses Artikels;
- e) eine schwerwiegende und ungelöste Meinungsverschiedenheit im Gemischten Ausschuss über die Auslegung dieses Protokolls oder die Nichteinhaltung seiner Bestimmungen durch eine der Vertragsparteien.

2. Soll die Anwendung dieses Protokolls aus anderen als den in Absatz 1 Buchstabe c genannten Gründen ausgesetzt werden, teilt die betreffende Vertragspartei ihre Absicht mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkt, an dem die Aussetzung wirksam werden soll, schriftlich mit.

3. Die Nichtzahlung durch die Europäische Union gemäß Absatz 1 Buchstabe d kann erst nach Ablauf einer Frist von 60 Tagen nach der offiziellen Mitteilung der Behörden von Côte d'Ivoire an die Unionsbehörden, mit der die Nichtzahlung festgestellt wurde, als Zahlungsausfall angesehen werden.

4. Im Fall einer Aussetzung konsultieren die Vertragsparteien einander und bemühen sich um eine gütliche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten. Wird die Meinungsverschiedenheit beigelegt, so wird die Anwendung des Protokolls wieder aufgenommen, und die Vertragsparteien konsultieren einander, um die Höhe und die Modalitäten der Entschädigung festzulegen.

Artikel 19
Kündigung

1. Im Falle einer Kündigung des Protokolls benachrichtigt die kündigende Vertragspartei die andere Vertragspartei schriftlich mindestens sechs Monate vor dem Tag, an dem die Kündigung in Kraft treten soll, über ihre Absicht, das Protokoll zu kündigen.
2. Die Absendung der Mitteilung nach Absatz 1 leitet Konsultationen zwischen den Vertragsparteien ein.

Artikel 20
Vorläufige Anwendung

Das vorliegende Protokoll wird vorbehaltlich seiner Unterzeichnung durch die Vertragsparteien ab dem 1. Januar 2025 vorläufig angewandt, oder ab dem Tag seiner Unterzeichnung, wenn es nach dem 1. Januar 2025 unterzeichnet wird.

Artikel 21
Inkrafttreten

Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander den Abschluss der für diesen Zweck erforderlichen Verfahren notifizieren.

Artikel 22
Verbindliche Fassungen

Dieses Protokoll ist in zwei Urschriften in bulgarischer, dänischer, deutscher, englischer, estnischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, kroatischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die EU

Für die Republik Côte d'Ivoire

ANHANG

Bedingungen für die Ausübung von Fischereitätigkeiten in der Fischereizone Côte d'Ivoires durch Schiffe der Union

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Fischereizone

Die Koordinaten der Basislinien und der die Grenzen der Fischereizone von Côte d'Ivoire bestimmenden Punkte sind in [Anlage 1](#) aufgeführt.

Vorbehaltlich der Bestimmungen von Nummer 2 dürfen die Unionsschiffe jenseits der 12-Seemeilen-Zone, gemessen von der Basislinie, Fischfang betreiben.

2. Für die Schifffahrt und den Fischfang geltende Sperrgebiete

Côte d'Ivoire teilt den Betreibern und der Europäischen Union bei der Ausstellung der Fanglizenzen die Koordinaten der für die Schifffahrt und den Fischfang geltenden Sperrgebiete mit. Jede Änderung dieser Gebiete wird der EU-Vertragspartei so bald wie möglich mitgeteilt.

3. Bankkonto

Côte d'Ivoire teilt der Union vor der vorläufigen Anwendung des Protokolls die Kontodaten des Kontos der Staatskasse mit, auf das die Beträge überwiesen werden, die im Rahmen des Abkommens von den Betreibern der Unionsschiffe zu zahlen sind. Anfallende Gebühren für Banküberweisungen gehen zulasten der Betreiber.

4. Kontaktdaten

Die für die in diesem Anhang vorgesehenen Mitteilungen erforderlichen Kontaktdaten sind in Anlage 3 angegeben.

KAPITEL II

FANGLIZENZEN

Abschnitt 1: Anzuwendende Verfahren

1. Voraussetzungen für die Erteilung einer Fanglizenz – zugelassene Schiffe

Eine Fanglizenz für die Fischereizone von Côte d'Ivoire können nur zugelassene Schiffe erhalten. Zu diesem Zweck müssen sie im EU-Register der Fischereifahrzeuge eingetragen sein. Für die Behandlung von Anträgen gelten die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2017/2403 über die nachhaltige Bewirtschaftung der Außenflotten.

Damit ein Schiff in Betracht kommt, dürfen der Betreiber, der Kapitän (d. h. der für die Führung des Fischereifahrzeugs verantwortliche Fischer) und das Schiff selbst nicht von der Ausübung von Fischereitätigkeiten in Côte d'Ivoire ausgeschlossen sein, und das Unionsschiff darf nicht förmlich als IUU-Fischereifahrzeug erfasst sein. Es dürfen keine Ansprüche oder Forderungen der Behörden von Côte d'Ivoire offenstehen, d. h. Betreiber und Kapitän müssen allen früheren Verpflichtungen aus Fischereitätigkeiten in Côte d'Ivoire im Rahmen der mit der EU geschlossenen Fischereiabkommen nachgekommen sein.

2. Lizenzantrag

Die Union übermittelt Côte d'Ivoire den Antrag für jedes zu genehmigende Schiff mindestens 21 Arbeitstage vor dem gewünschten Beginn des Betriebs auf elektronischem Weg.

Die elektronische Übermittlung der Anträge auf Ausstellung einer Fanggenehmigung und die Auskunft hinsichtlich ihrer Annahme erfolgen über das LICENCE-System, also das von der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellte gesicherte elektronische System für die Verwaltung der Fanggenehmigungen.

Die Anträge sind zusammen mit den Angaben in Anlage 4 begleitet von folgenden Unterlagen einzureichen:

- ein Beleg über die geleistete pauschale Vorauszahlung für die betreffende Geltungsdauer der Lizenz,
 - eine Kopie der Seetüchtigkeitsbescheinigung des Schiffes,
 - eine Kopie des Versicherungsscheins des Schiffes,
 - ein digitales Farbfoto neueren Datums der Seitenansicht des Schiffes, das eine angemessene Auflösung aufweist und das den Namen und die Kennnummer des Schiffes gut leserlich zeigt,
 - eine Abbildung und ausführliche Beschreibung der verwendeten Fanggeräte,
 - das Schiffszertifikat.
3. Bei einem Antrag auf Verlängerung einer Lizenz im Rahmen des geltenden Protokolls für ein Schiff, das technisch nicht verändert wurde, reicht es aus, einen Beleg über die Zahlung der Gebühr beizufügen.

4. Geltungsdauer der Fanglizenzen

Die Geltungsdauer ist ein jährlicher Zeitraum, der wie folgt definiert wird:

- a) im ersten Jahr der Anwendung dieses Protokolls der Zeitraum vom Beginn seiner vorläufigen Anwendung bis zum 31. Dezember desselben Jahres;
- b) anschließend der Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember;
- c) im letzten Jahr der Anwendung dieses Protokolls den Zeitraum vom 1. Januar bis zum Auslaufen dieses Protokolls.

5. Pauschalgebühr

Die Pauschalgebühr pro Schiff für jede Kategorie ist in Abschnitt 2 angegeben.

Die Zahlung der Gebühr erfolgt auf ein von Côte d'Ivoire vor der Anwendung dieses Protokolls angegebenes Konto der Staatskasse.

Im ersten und letzten Jahr der Anwendung des Protokolls werden die Pauschalgebühren und die dazugehörigen Tonnagen für die in Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Schiffe zeitanteilig gesenkt.

6. Liste der fangberechtigten Schiffe

Nach erfolgter Lizenzerteilung stellt die Republik Côte d'Ivoire die aktualisierte Liste der Schiffe auf, die im Fanggebiet von Côte d'Ivoire Fischfang betreiben dürfen. Diese Liste wird der mit Fischereikontrollen beauftragten nationalen Behörde und der EU zugestellt.

7. Ausstellung von Fanglizenzen

Die Originale der Fanglizenzen werden innerhalb von 21 Arbeitstagen nach Eingang aller unter Nummer 2 genannten Unterlagen bei den Behörden von Côte d'Ivoire ausgestellt. Sie

werden den Betreibern oder ihren Vertretern, gegebenenfalls über die Delegation der Europäischen Union in Côte d'Ivoire, ausgehändigt.

Côte d'Ivoire gibt die Genehmigung des Antrags bekannt und lädt eine elektronische Kopie des unterzeichneten Originals in das LICENCE-System hoch, wenn dieses voll funktionsfähig ist. In der Zwischenzeit übermittelt Côte d'Ivoire der Union per E-Mail eine gescannte Kopie der erteilten Lizenzen.

8. Störungen des LICENCE-Systems

Treten Schwierigkeiten beim Austausch von Informationen über das LICENCE-System zwischen der Europäischen Kommission und Côte d'Ivoire auf, so erfolgt die elektronische Übermittlung von Fanggenehmigungen per E-Mail, bis das System wieder einsatzbereit ist.

Nach Wiederherstellung des Systems aktualisiert jede Vertragspartie die Informationen im LICENCE-System.

9. Übertragung einer Fanglizenz

Eine Fanglizenz wird auf den Namen eines bestimmten Schiffes ausgestellt und ist nicht übertragbar. Auf Antrag der Union und bei nachweislichem Vorliegen außergewöhnlicher Umstände wie dem Verlust oder der längeren Stilllegung eines Schiffs aufgrund eines schwerwiegenden technischen Defekts, wird die Fanglizenz eines Schiffs jedoch durch eine neue Fanglizenz für ein anderes Schiff derselben Kategorie ersetzt, ohne dass erneut eine Gebühr zu zahlen ist. In diesem Fall wird bei der Berechnung der Fangmenge zwecks Ermittlung etwaiger zusätzlicher Beträge die Gesamtfangmenge beider Schiffe zugrunde gelegt.

Der Betreiber des zu ersetzenden Schiffes oder sein Vertreter händigt Côte d'Ivoire das ungültig gewordene Original der Lizenz aus, gegebenenfalls über die EU-Delegation.

Die neue Lizenz gilt ab dem Tag, an dem der Betreiber die ungültig gewordene Lizenz an Côte d'Ivoire zurückgibt.

Die Vertragsparteien aktualisieren die Liste der zugelassenen Schiffe und die Informationen im LICENCE-System.

10. Mitführen der Fanglizenz an Bord

Das Original der Fanglizenz muss jederzeit an Bord mitgeführt werden. Bis dieses Dokument an Bord mitgeführt werden kann, gilt Folgendes:

Für einen Zeitraum von höchstens 60 Kalendertagen nach Ausstellung der Fanglizenz kann jedoch eine elektronische Fassung dieser Fanglizenz verwendet werden. Während dieses Zeitraums gilt die Kopie als dem Original der Fanglizenz gleichwertig.

11. Hilfsschiffe

Côte d'Ivoire gestattet Fischereifahrzeugen der Europäischen Union, die im Besitz einer Fanglizenz sind, im Einklang mit den ICCAT-Empfehlungen Unterstützung durch Hilfsschiffe in Anspruch zu nehmen.

Hilfsschiffe dürfen nicht für den Fischfang ausgerüstet sein. Die Unterstützung darf weder die Betankung noch das Umladen der Fänge umfassen.

Für Hilfsschiffe gilt, soweit es auf sie anwendbar ist, dasselbe Verfahren wie für die Übermittlung der Anträge auf Erteilung einer Fanglizenz gemäß diesem Kapitel. Côte d'Ivoire erstellt eine Liste der zugelassenen Hilfsschiffe und übermittelt sie unverzüglich der EU.

Wird die Fanglizenz für ein Hilfsschiff widerrufen, bevor die Lizenz von den Behörden von Côte d'Ivoire ausgestellt wurde oder bevor das Schiff seine Tätigkeit in der Fischereizone von Côte d'Ivoire aufgenommen hat, wird der gezahlte Betrag zurückerstattet. Er kann dem Betreiber oder der Erzeugervereinigung auch gutgeschrieben und für eine andere Zahlung verwendet werden.

Abschnitt 2: Gebühren und Vorauszahlungen

1. Die Gebühr für Thunfischwadenfänger und Oberflächen-Langleinenfänger je in der Fischereizone von Côte d'Ivoire gefangene Tonne wird für die ersten beiden Jahre auf 80 EUR und danach auf 85 EUR festgesetzt.

2. Die Fanglizenzen werden nach Zahlung der folgenden jährlichen Pauschalgebühren ausgestellt:

a) Für Thunfischwadenfänger:

– 12 000 EUR je Schiff für die ersten beiden Jahre und danach 12 750 EUR, was den Gebühren für 150 Tonnen pro Jahr entspricht.

Für die Hilfsschiffe ist eine jährliche Gebühr in Höhe von 3 500 EUR zu entrichten.

b) Für Oberflächen-Langleinenfänger:

– 4 000 EUR je Schiff für die ersten beiden Jahre und danach 4 250 EUR, was den Gebühren für 50 Tonnen pro Jahr entspricht.

3. Bedingungen für mit Thunfisch verwandte oder vergesellschaftete Arten

a) Verpflichtung, eine detaillierte Meldung nach Arten zu machen;

b) bei Anlandungen in Côte d'Ivoire bemühen sich die Betreiber, Fänge verwandter oder vergesellschafteter Arten von Thunfisch, die in der AWZ von Côte d'Ivoire gefangen wurden, zum Verkauf anzulanden.

4. Die Union erstellt für jedes Schiff eine Abrechnung der Fänge und eine Abrechnung der Gebühren, die das Schiff für seine Fänge im vorangegangenen Kalenderjahr zu zahlen hat. Sie übermittelt diese Abrechnungen spätestens bis Ende April des laufenden Jahres an die Behörden von Côte d'Ivoire. Côte d'Ivoire kann diese Abrechnungen auf der Grundlage von Belegen innerhalb von dreißig Tagen nach Eingang anfechten. Bei Meinungsverschiedenheiten konsultieren die Vertragsparteien einander im Gemischten Ausschuss. Erhebt Côte d'Ivoire innerhalb von dreißig Tagen keine Einwände, so gelten die Abrechnungen als angenommen.

5. Fällt die Endabrechnung höher aus als die für die Ausstellung der Fanglizenz entrichtete Pauschalgebühr, überweist der Betreiber die Differenz innerhalb von 45 Tagen an Côte d'Ivoire auf das in Kapitel I Absatz 4 genannte Konto, sofern er die Abrechnung nicht anfechtet. Fällt die endgültige Abrechnung allerdings niedriger aus als der unter Nummer 2 dieses Abschnitts genannte Vorschussbetrag, so wird dem Betreiber die Differenz nicht erstattet.

KAPITEL III FANGMELDUNGEN

Die Bestimmungen dieses Kapitels gelten für die in Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Unionsschiffe, die im Besitz einer nach diesem Protokoll erteilten Fanglizenz sind.

Abschnitt 1: Aufzeichnung im Fischereilogbuch und Meldung der Fänge über das ERS

1. Der Kapitän des Schiffes führt ein Fischereilogbuch, das den einschlägigen Empfehlungen und Entschlüssen der ICCAT entspricht. Der Kapitän bürgt für die Richtigkeit der Angaben im Fischereilogbuch.
2. Jedes Unionsschiff muss mit einem elektronischen System (ERS) ausgestattet sein, über das Daten über die Fischereitätigkeit des Schiffes (im Folgenden „ERS-Daten“) erfasst und übermittelt werden können.
3. Schiffe der Union, die nicht mit einem ERS ausgestattet sind, oder deren ERS nicht funktioniert, sind nicht berechtigt, zur Durchführung von Fangtätigkeiten in die Fischereizone Côte d'Ivoires einzufahren.
4. Die technischen Anforderungen für die Übermittlung von ERS-Daten sind in Anlage 5 Abschnitte 1 und 3 festgelegt.
5. Für die Übermittlung der ERS-Daten werden die von der Europäischen Kommission verwalteten elektronischen Kommunikationsmittel für den standardisierten Austausch von Fischereidaten verwendet.
6. Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen dieses Kapitels behalten sich die Behörden von Côte d'Ivoire das Recht vor, die Lizenz des Schiffes, das einen Verstoß begangen hat, bis zur Erfüllung seiner Verpflichtung auszusetzen und gegen den Betreiber des Schiffes das in den ivoirischen Rechtsvorschriften vorgesehene Vertragsverletzungsverfahren und Strafmaß anzuwenden. Die Europäische Union und der Flaggenmitgliedstaat werden hiervon unterrichtet.

Abschnitt 2: Vierteljährliche Übermittlung der Fangdaten

1. Die Union übermittelt Côte d'Ivoire vor Ablauf des dritten Monats jedes Quartals die Fangdaten für die Monate des vorangegangenen Quartals. Diese Daten sind monatlich nach Fischereiart, Schiff und Art gemäß FAO-Code zu übermitteln.
2. Die aggregierten Daten aus den Fischereilogbüchern sind vorläufige Daten, bis die Unionsbehörden eine endgültige Jahresabrechnung der Fangmengen gemäß den Bestimmungen in Kapitel II Abschnitt 2 übermitteln.
3. Côte d'Ivoire analysiert diese Daten und meldet eventuelle Unstimmigkeiten gegenüber den Daten, die gemäß Abschnitt 1 über das ERS eingegangen sind.

KAPITEL IV

TECHNISCHE ERHALTUNGSMABNAHMEN

1. Die technischen Maßnahmen für Schiffe im Besitz einer Lizenz in Bezug auf Fanggebiete, Fanggeräte und verbotene Arten sind in dem als Anlage 1 zu diesem Anhang beigefügten technischen Datenblatt festgelegt.
2. Die Schiffe halten sich an die von der ICCAT für die Region verabschiedeten Maßnahmen und Empfehlungen in Bezug auf Fanggeräte und Fischesammelgeräte, ihre technischen Spezifikationen und alle anderen für ihre Fischereitätigkeit geltenden technischen Maßnahmen.
3. Entsprechend diesen Maßnahmen und Empfehlungen bemühen sich die Vertragsparteien, die unbeabsichtigten Beifänge von Schildkröten, Seevögeln und anderen Nicht-Zielarten zu verringern. Die Unionsschiffe tragen dafür Sorge, diese Beifänge freizusetzen und die Überlebenschancen dieser Arten zu optimieren.

KAPITEL V

ÜBERWACHUNG UND KONTROLLE

Abschnitt I: Überwachung und Kontrolle

1. Meldung der Ein- und Ausfahrt aus der Zone

- a) Der Betreiber eines Fangschiffs der Union meldet den für die Fischereiüberwachung zuständigen Behörden von Côte d'Ivoire mindestens drei Stunden im Voraus die geplante Einfahrt des betreffenden Schiffes in die Fischereizone Côte d'Ivoires oder die geplante Ausfahrt aus der Fischereizone Côte d'Ivoires.
- b) Findet die Ausfahrt nicht statt, so ist dies ebenfalls so bald wie möglich zu melden.
- c) Bei der Meldung seiner Ein- oder Ausfahrt teilt der Betreiber des Schiffes insbesondere Folgendes mit:
 - Datum, Uhrzeit und gewählte Durchfahrtsstelle;
 - für jede Art (gekennzeichnet durch den FAO-Alpha-3-Code) die Menge an Bord in Kilogramm Lebendgewicht oder gegebenenfalls als Stückzahl; diese Bestimmung gilt nicht für Hilfsschiffe.
- d) Betreibt ein Schiff Fischfang, ohne die zuständige Behörde Côte d'Ivoires entsprechend unterrichtet zu haben, so wird dies als Verstoß angesehen.

2. Kontrollverfahren

- a) Bei Unionsschiffen im Besitz einer Fanggenehmigung werden in der Fischereizone von Côte d'Ivoire Inspektionen auf See oder im Hafen von Schiffen und Inspektoren von Côte d'Ivoire vorgenommen, die eindeutig befugt und als Fischereikontrollbeauftragte zu erkennen sind.
- b) Bevor sie an Bord kommen, kündigen die Inspektoren von Côte d'Ivoire dem Unionsschiff ihre Entscheidung an, eine Inspektion durchzuführen. Die Inspektion wird von höchstens vier Inspektoren durchgeführt, die sich vor Beginn der Inspektion ausweisen und ihre Qualifikation nachweisen.
- c) Die Kapitäne von Unionsschiffen im Besitz einer Fanggenehmigung unterstützen die Inspektoren bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und erleichtern ihr Anbordgehen und ihre Arbeit.
- d) Die bei der Inspektion erstellten Bilder (Fotos oder Videos) sind für die für Fischereiüberwachung zuständigen Behörden bestimmt. Sie dürfen nicht veröffentlicht werden, es sei denn, die nationalen Rechtsvorschriften sehen etwas anderes vor, wobei die Rechte der betroffenen Personen zu wahren sind.
- e) Die Anwesenheit dieser Beamten an Bord darf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Zeit nicht überschreiten. Sie führen die Inspektion so durch, dass Schiff, Fischfang und Ladung so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.
- f) Am Ende jeder Inspektion erstellen die ivoirischen Inspektoren einen Inspektionsbericht. Der Kapitän des Unionsschiffs hat das Recht, Bemerkungen in den Inspektionsbericht zu schreiben. Der Inspektionsbericht wird von dem Inspektor, der ihn abgefasst hat, und vom Kapitän des Unionsschiffs unterschrieben. Mit seiner Unterschrift unter den Inspektionsbericht greift der Kapitän nicht dem Recht des Betreibers vor, sich gegen den Vorwurf eines gegebenenfalls festgestellten Verstoßes zu verteidigen. Weigert der Kapitän sich, das Dokument zu unterzeichnen, so muss er dies schriftlich begründen, und der Inspektor bringt den Vermerk „Verweigerung der Unterschrift“ an. Die ivoirischen Inspektoren händigen dem Kapitän des Unionsschiffes eine Kopie des Inspektionsberichts aus, bevor sie von Bord gehen.

- g) Innerhalb von acht Tagen nach der Inspektion übermittelt Côte d'Ivoire auch der Union eine Kopie des Inspektionsberichts.
- h) Auf der Grundlage einer Risikobewertung können die Vertragsparteien vereinbaren, insbesondere bei der Anlandung und Umladung auf Unionsschiffen gemeinsame Inspektionen durchzuführen, um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften der Union und Côte d'Ivoires eingehalten werden. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben halten sich die von den Vertragsparteien für diese Aufgabe entsandten Inspektoren an die Bestimmungen über die Durchführung von Inspektionen gemäß den Rechtsvorschriften der Union und Côte d'Ivoires. Côte d'Ivoire, die Union und ihre Mitgliedstaaten können im Rahmen ihrer Verantwortung als Küsten- oder Flaggenstaat bei der Durchführung von Folgemaßnahmen zu Inspektionen im Einklang mit ihren geltenden Rechtsvorschriften zusammenarbeiten.
- i) Darüber hinaus können die Behörden von Côte d'Ivoire auf Antrag der Union Fischereiinspektoren der Union ermächtigen, im Rahmen ihrer Befugnisse nach nationalem Recht in Anwesenheit von ivoirischen Inspektoren bei Anlandungen, Umladungen und Wiegen der Fänge Inspektionen von Unionsschiffen durchzuführen.
- j) Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen dieses Kapitels behalten sich die Behörden von Côte d'Ivoire das Recht vor, die Lizenz des Unionsschiffes, das einen Verstoß begangen hat, bis zur Erfüllung seiner Verpflichtung auszusetzen und das in den ivoirischen Rechtsvorschriften vorgesehene Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionsmaß anzuwenden. Die Europäische Union und der Flaggenmitgliedstaat werden hiervon unterrichtet.

3. Partizipative Überwachung bei der Bekämpfung der IUU-Fischerei

Um die Überwachung der Fischerei auf Hoher See und die Bekämpfung der IUU-Fischerei zu verbessern, melden Fischereifahrzeuge der Europäischen Union die Anwesenheit von Schiffen, die im Verdacht stehen, IUU-Fischerei zu betreiben, in der Fischereizone von Côte d'Ivoire, indem sie möglichst viele Informationen über diese Beobachtungen sammeln. Die Beobachtungsberichte werden umgehend an die Behörden von Côte d'Ivoire und die zuständige Behörde des Flaggenmitgliedstaats der Union des beobachtenden Schiffs übersandt, die sie dann unverzüglich an die Union oder die von dieser benannte Organisation weiterleitet. Die Behörden von Côte d'Ivoire übermitteln der Union jeden dem Land vorliegenden Beobachtungsbericht über Fischereifahrzeuge der Union, die in der Fischereizone von Côte d'Ivoire möglicherweise IUU-Fischereitätigkeiten betreiben.

4. Anlandungen und Umladungen

- a) Alle Betreiber von Unionsschiffen, die Fänge in den ivoirischen Gewässern anlanden oder umladen, führen diese Anlandungen oder Umladungen nur in und/oder vor ivoirischen Häfen durch. Umladungen auf See sind untersagt.
- b) Der Betreiber des Schiffes übermittelt den Behörden von Côte d'Ivoire innerhalb der vorgeschriebenen Fristen:
 - ICCAT-Informationen für den Antrag auf Einlaufen in den Hafen (18-09 Absatz 13);
 - die Anmeldung der Umladung (ICCAT-Empfehlung 21-15 Anlage 3 Absatz 3.1);
 - die Umladeerklärung (ICCAT-Empfehlung 21-15 Anlage 3 Absatz 3.3 und Anlage 1). Darüber hinaus müssen die Erklärungen über Anlandungen in den Häfen von Côte d'Ivoire innerhalb derselben Fristen und in denselben Formaten, wie sie für

die Übermittlung an den Flaggenstaat gelten, auch an Côte d'Ivoire übermittelt werden.

- c) Côte d'Ivoire überwacht die Umladungen und Anlandungen in seinen Häfen im Einklang mit seinen Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens über Hafenstaatmaßnahmen. Die Kapitäne der Unionsschiffe, die Anlandungen oder Umladungen in Côte d'Ivoire vornehmen, müssen die Kontrolle dieser Vorgänge zulassen. Es gelten die in Nummer 2 festgelegten Inspektionsverfahren.

5. Modalitäten für die Übermittlung von Anmeldungen und Erklärungen

Die Anmeldungen und Erklärungen gemäß diesem Abschnitt werden zwischen dem Flaggenstaat und den Behörden von Côte d'Ivoire vorrangig über das ERS und nach den Bestimmungen der Anlage 5 übermittelt. Werden jedoch nicht alle in diesen Meldungen und Erklärungen vorgesehenen Informationen über das ERS übermittelt, so sendet der Betreiber alle Informationen zu dem betreffenden Vorgang per E-Mail an die Behörden von Côte d'Ivoire. Diese bestätigen den Eingang. Die Meldungen über die Einfahrt in die Fischereizone und die Ausfahrt aus der Fischereizone werden Côte d'Ivoire sowohl per E-Mail an die in Anlage 3 angegebene Adresse als auch über das ERS übermittelt.

Abschnitt II: Schiffsüberwachungssystem (VMS)

6. Daten zur Schiffsposition

- a) Jedes im Rahmen dieses Protokolls über eine Fanglizenz verfügende Unionsschiff muss mit einem satellitengestützten Schiffsüberwachungssystem (Vessel Monitoring System - VMS) ausgerüstet sein, das die Schiffspositionsdaten (im Folgenden „VMS-Daten“) in regelmäßigen Abständen automatisch überträgt und so die automatische Ortung und Identifizierung durch ein Trackingsystem ermöglicht.
- b) Der Kapitän vergewissert sich, dass das VMS seines Schiffes jederzeit einwandfrei funktioniert und die Position dem FÜZ seines Flaggenstaats stets korrekt gemeldet wird.
- c) Die Ansprechpartner, deren Kontaktdaten vor Beginn der Anwendung dieses Protokolls mitgeteilt werden, tauschen alle sachdienlichen Informationen über die Ausrüstung der Unionsschiffe, die Übertragungsprotokolle oder andere für die Satellitenüberwachung erforderliche Funktionen aus.
- d) Das FÜZ des Flaggenstaats stellt sicher, dass die VMS-Positionen für den Zeitraum, in dem das Unionsschiff sich in den ivoirischen Gewässern aufhält, automatisch in Echtzeit an das FÜZ von Côte d'Ivoire weitergeleitet werden.
- e) Es ist untersagt, das zur Datenübertragung an Bord befindliche satellitengestützte Schiffsüberwachungsgerät zu entfernen, abzuschalten, zu zerstören, zu beschädigen oder außer Betrieb zu setzen oder die vom System gesendeten oder aufgezeichneten Daten bewusst zu manipulieren, zu unterschlagen oder zu fälschen.
- f) Für jede festgestellte Manipulation des VMS an Bord eines Schiffes zur Störung seines einwandfreien Betriebs oder Fälschung der Positionsangaben haftet der Kapitän. Jeder Verstoß wird mit den hierfür nach ivoirischem Recht vorgesehenen Strafen geahndet.

7. Technische Störung oder Ausfall der Schiffsüberwachungsausrüstung an Bord von Unionsschiffen

- a) Das defekte Gerät muss innerhalb von zehn Arbeitstagen, nachdem der Flaggenstaat das ivoirische FÜZ über den Defekt informiert hat, ausgetauscht werden. Nach Ablauf dieser Frist muss das betreffende Unionsschiff einen Hafen anlaufen, der von den für die Fischereiaufsicht zuständigen Behörden von Côte d'Ivoire bezeichnet wurde, um die rechtlichen Folgemaßnahmen zu ergreifen und Reparaturen vorzunehmen, oder das Gebiet verlassen, sofern der Flaggenstaat dem FÜZ von Côte d'Ivoire den Inspektionsbericht über die mangelhafte Ausrüstung und die Gründe für den Ausfall übermittelt.
- b) Bis zum Austausch der Ausrüstung übermittelt der Kapitän des Unionsschiffs dem FÜZ von Côte d'Ivoire alle vier Stunden per E-Mail, Funk oder Fax manuell einen Positionsbericht, der die vom Kapitän des Unionsschiffes aufgezeichneten Positionsmeldungen enthält.
- c) Alle während der Störung nicht gesendeten Meldungen werden erneut übermittelt, sobald die Kommunikation zwischen dem FÜZ des betreffenden Flaggenstaats und dem ivoirischen FÜZ wiederhergestellt ist.

8. Sichere Übermittlung der Positionsmeldungen an Côte d'Ivoire

Die Modalitäten der sicheren Kommunikation sind in den Abschnitten 1 und 2 der Anlage 5 festgelegt.

9. Änderung der Häufigkeit der Positionsmeldungen

Das FÜZ von Côte d'Ivoire kann das FÜZ des Flaggenstaats mit Kopie an die Union ersuchen, die Zeitspanne für die Übermittlung der Positionsmeldungen eines Schiffes für einen bestimmten Untersuchungszeitraum auf 30 Minuten zu verkürzen, indem es Beweise für einen Verstoß vorlegt. Das FÜZ des Flaggenstaats sendet die Positionsmeldungen des Schiffes umgehend so häufig wie verlangt.

Am Ende des Untersuchungszeitraums unterrichtet Côte d'Ivoire das FÜZ des Flaggenstaats und die Union über die Ergebnisse seiner Untersuchungen und die gegebenenfalls erforderlichen Folgemaßnahmen.

KAPITEL VI

BESCHÄFTIGUNG VON SEEFISCHERN AN BORD VON UNIONSSCHIFFEN

1. Vorgeschriebene Anzahl anzuheuernder AKP-Seefischer

1.1. Der Betreiber eines Unionsschiffes, das im Rahmen dieses Protokolls zugelassen ist, heuert AKP-Seefischer an, die für die Dauer der Fischereitätigkeiten des Schiffes im Rahmen des Protokolls als Besatzungsmitglieder an Bord seines Schiffes arbeiten.

1.2. Die Zahl der ivoirischen Seefischer, die gemäß Nummer 1.1 angeheuert werden, wird regelmäßig mit der zuständigen Verwaltung Côte d'Ivoires überwacht, um das Ziel von 30 % AKP-Seeleuten auf allen Schiffen der Ringwadenfängergruppe zu erreichen, wovon eine Mehrheit aus Côte d'Ivoire stammen sollte.

1.3. Die gemäß Nummer 1.1 anzuheuernden Seefischer müssen die Anforderungen der Rechtsvorschriften erfüllen, die der Flaggenstaat zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/159 des Rates² erlassen hat, einschließlich des Reisepasses, des Seefahrtbuchs, des ärztlichen

² Richtlinie (EU) 2017/159 des Rates vom 19. Dezember 2016 zur Durchführung der Vereinbarung über die Durchführung des Übereinkommens über die Arbeit im Fischereisektor von 2007 der Internationalen Arbeitsorganisation, die am 21. Mai 1921 zwischen dem Allgemeinen Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Europäischen Union (COGECA), der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) und der Vereinigung der nationalen Verbände von

Zeugnisses, des Internationalen Impfpasses und des Nachweises über die Grundausbildung. Der Flaggenstaat teilt den Behörden von Côte d'Ivoire rechtzeitig die Anforderungen mit, die sich aus der genannten Rechtsvorschrift ergeben. Die gemäß Nummer 1.1 anzuheuernden Seefischer müssen in der Lage sein, die Arbeitssprache an Bord des Fischereifahrzeugs zu verstehen und in dieser Sprache Anweisungen zu geben und Bericht zu erstatten.

1.4. Um die Anheuerung von Fischern aus Côte d'Ivoire zu erleichtern, erstellen die zuständigen Behörden von Côte d'Ivoire eine regelmäßig aktualisierte Liste der kompetenten Seeleute, die die Anforderungen gemäß Nummer 1.3 erfüllen, und stellen sie den Betreibern der Unionsschiffe zur Verfügung.

1.5. Der Kapitän erstellt, datiert und unterzeichnet eine Liste der Besatzungsmitglieder gemäß dem Formblatt 5 des IMO-Übereinkommens zur Erleichterung des internationalen Seeverkehrs (FAL-Übereinkommen) und übermittelt den benannten Behörden von Côte d'Ivoire eine Kopie dieser Liste, bevor das Schiff das Hafengebiet verlässt.

1.6. Der Betreiber des Unionsschiffs oder in seinem Namen der Kapitän verweigert einem ivoirischen Seefischer die Einschiffung an Bord seines Schiffes, wenn dieser die Anforderungen gemäß Nummer 1.3 nicht erfüllt.

2. Arbeitsbedingungen

Die Bedingungen, unter denen ivoirische Seefischer angeheuert werden, müssen den Rechtsvorschriften entsprechen, die der Flaggenstaat zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/159 des Rates erlassen hat, einschließlich der Arbeits- und Ruhezeiten, des Rechts auf Heimschaffung sowie der Sicherheit und der Gesundheit am Arbeitsplatz.

3. Arbeitsvertrag für Fischer

3.1. Für jeden Seefischer, der gemäß Nummer 1.1 an Bord eines Unionsschiffs angeheuert wird, wird ein schriftlicher Arbeitsvertrag ausgehandelt und sowohl vom Fischer als auch vom Arbeitgeber unterzeichnet. Dieser von beiden Parteien unterzeichnete Vertrag muss von der ivoirischen Seeschiffverkehrsbehörde gemäß den ivoirischen Rechtsvorschriften mit einem Sichtvermerk versehen sein.

3.2. Der Vertrag muss den Rechtsvorschriften entsprechen, die der Flaggenstaat zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/159 des Rates erlassen hat (Anhang I der Richtlinie).

4. Lohnzahlungen für die Seefischer

4.1. Die Lohnkosten und die zusätzlichen Arbeitskosten werden direkt oder, wenn es sich beim Arbeitgeber des Seefischers um eine private Einrichtung auf dem Arbeitsmarkt handelt, indirekt vom Reeder getragen.

4.2. Den AKP-Fischern ist unabhängig von den tatsächlich getätigten Fischfängen und/oder -verkäufen ein garantierter monatlicher oder regelmäßiger Lohn zu zahlen, vorzugsweise per Banküberweisung. Er wird von den Betreibern oder ihren Agenten und den Fischern und/oder ihren Gewerkschaften bzw. Vertretern einvernehmlich festgesetzt. Wurden keine Tarifverträge geschlossen, so dürfen die den AKP-Fischern gewährten Vergütungsbedingungen nicht niedriger sein als diejenigen, die für die Besatzungen der jeweiligen AKP-Staaten gelten, und in keinem Fall unter den Bedingungen liegen, die vom Unterausschuss für die Gehälter von Seeleuten des Paritätischen Seeschiffverkehrsausschusses

Fischereiunternehmen in der Europäischen Union (Europêche) geschlossen wurde (Text von Bedeutung für den EWR).

der IAO festgelegt wurden, sofern es keine solche Norm für Fischer gibt, die darauf abzielt, ein internationales Sicherheitsnetz zum Schutz der menschenwürdigen Arbeit der Fischer zu schaffen und zu deren Sicherung beizutragen.

4.3. Die potenziell im Zusammenhang mit den erhaltenen Zahlungen entstehenden Kosten sind nicht von den Seefischern zu tragen. Die Seefischer müssen eine Möglichkeit haben, ihren Familien die erhaltenen Zahlungen, einschließlich Vorschüssen, ganz oder teilweise kostenlos zukommen zu lassen.

4.4. Die Seefischer müssen bei jeder Lohnzahlung eine Lohnabrechnung und auf Verlangen einen Zahlungsbeleg erhalten.

5. Sozialversicherung

Côte d'Ivoire stellt sicher, dass für Seefischer, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet haben, und ihre unterhaltsberechtigten Personen, soweit dies im nationalen Recht vorgesehen ist, die Bedingungen zur sozialen Absicherung nicht ungünstiger sind als die Bedingungen, die für andere Arbeitnehmer gelten, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet von Côte d'Ivoire haben.

6. Private Arbeitsvermittlungsdienste

6.1. Private Arbeitsvermittlungsdienste sind

- a) Anwerbungs- und Arbeitsvermittlungsdienste, d. h. alle Personen, Unternehmen, Institutionen, Agenturen oder sonstigen Organisationen im öffentlichen oder privaten Sektor, die die Anwerbung von Seefischern im Auftrag von Reedern oder ihre Vermittlung an Reeder betreiben;
- b) private Arbeitsvermittler, d. h. Personen, Unternehmen, Institutionen, Agenturen oder sonstigen Organisationen im privaten Sektor, die Seefischer beschäftigen oder anheuern, um sie an Reeder zu vermitteln, die diesen Fischern Aufgaben zuweisen und die Ausführung dieser Aufgaben überwachen.

6.2. Die zuständigen Behörden von Côte d'Ivoire stellen sicher, dass die ivoirischen Agenten, die sowohl für Seefischer als auch für Betreiber von Unionsschiffen private Arbeitsvermittlungsdienste erbringen,

- a) keine Mittel, Mechanismen oder Listen nutzen, um Seefischer daran zu hindern oder davon abzuhalten, angeheuert zu werden;
- b) Seefischern weder unmittelbar noch mittelbar, ganz oder teilweise, in bar oder als Sachleistungen Gebühren oder andere Kosten für die von ihnen erbrachten Arbeitsvermittlungsdienste auferlegen;
- c) Seefischern keine Darlehen gewähren, Waren liefern oder Dienstleistungen für sie erbringen, wenn diese zurückgezahlt bzw. bezahlt werden müssen;
- d) die Rückzahlung von Darlehen oder die Bezahlung von Waren oder Dienstleistungen, die vor der Anheuerung des Seefischers bereitgestellt wurden, nicht vom Lohn des Fischers abziehen, und
- e) dafür sorgen, dass
 - i) der Arbeitsvertrag des Seefischers mit diesem Kapitel sowie den für den Arbeitsvertrag des Seefischers geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Tarifverträgen im Einklang steht;

- ii) der Arbeitsvertrag des Seefischers in einer Sprache, die der Fischer versteht, und in der Amts- oder Arbeitssprache des betreffenden Fischereifahrzeugs der Union abgefasst ist;
- iii) die angeheuerten Fischer vor der Unterzeichnung ihres Arbeitsvertrags über ihre Rechte und Pflichten informiert werden;
- iv) die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, damit die angeheuerten Seefischer die Bestimmungen in ihrem Arbeitsvertrag vor der Unterzeichnung überprüfen und diesbezüglich Rat einholen können;
- v) die angeheuerten Seefischer eine unterzeichnete Kopie ihres Arbeitsvertrags erhalten;
- v) die Seefischer ihren Verpflichtungen gemäß diesem Kapitel nachkommen und
- vii) der Betreiber des Unionsschiffs bei jeder Lohnauszahlung rechtzeitig eine Kopie jeder Lohnabrechnung und jedes Zahlungsbelegs erhält, wenn der Agent die Lohnzahlungen vornimmt.

6.3. Die zuständigen Behörden von Côte d'Ivoire stellen sicher, dass die ivoirischen Agenten, die Seefischer beschäftigen, um sie an Unionsschiffe zu vermitteln, dafür sorgen, dass in den Arbeitsverträgen, die sie mit diesen Seefischern unterzeichnen, eindeutig darauf hingewiesen wird, dass der betreffende Seefischer von dem Agenten beschäftigt wird, um an Betreiber von Unionsschiffen vermittelt zu werden, die ihm Aufgaben zuweisen und die Ausführung dieser Aufgaben überwachen.

6.4. Abweichend von Nummer 6.2 Buchstabe b gehen die Kosten für den Erhalt eines Seefahrtbuchs, eines ärztlichen Zeugnisses und eines Reisepasses zulasten des Seefischers oder einer anderen Person oder Organisation, die durch die geltenden Rechtsvorschriften, den Arbeitsvertrag des Fischers oder gegebenenfalls durch den Tarifvertrag festgelegt ist. Die Kosten für eine eventuelle Ausstellung eines Visums und einer Arbeitserlaubnis gehen zulasten des Arbeitgebers.

7. Einhaltung dieses Kapitels

7.1. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien stellen sicher, dass die für Seefischer geltenden Rechtsvorschriften umfassend, transparent, leicht und kostenlos zugänglich sind.

7.2. Die zuständigen Behörden von Côte d'Ivoire sorgen dafür, dass dieses Kapitel im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen und im Einklang mit den in diesem Kapitel festgelegten Verpflichtungen ordnungsgemäß umgesetzt wird.

7.3. Die Behörden des Flaggenstaats sorgen für die ordnungsgemäße Anwendung der Abschnitte 1, 2 und 3 an Bord der Schiffe unter ihrer Flagge. Sie kommen ihrer Verantwortung gemäß den IAO-Richtlinien für die Überprüfung der Lebens- und Arbeitsbedingungen an Bord von Fischereifahrzeugen durch den Flaggenstaat nach.

7.4. Die unter 1.2 festgelegten Anforderungen an die Einschiffung werden in folgenden Fällen entsprechend verringert:

- der auf Grundlage der Liste gemäß Nummer 1.4 ausgewählte Seefischer erfüllt offenbar die Anforderungen von Nummer 1.3 nicht;
- der Seefischer, der einen Arbeitsvertrag gemäß Nummer 3.1 unterzeichnet hat, erscheint nicht zu dem Datum und zu der Uhrzeit, die in seinem Arbeitsvertrag angegeben sind;
- die Behörden von Côte d'Ivoire stellen die in Nummer 1.4 genannte Liste nicht bereit.

7.5. Die Vertragsparteien beraten im Gemischten Ausschuss über die Anwendung der Bestimmungen dieses Kapitels.

KAPITEL VII BEOBACHTER

1. Beobachtung der Fischereitätigkeiten

1.1. Bis zur Einführung eines Systems regionaler Beobachter nehmen die Unionsschiffe, die im Rahmen des Abkommens in der Fischereizone Côte d'Ivoires fischen dürfen, Beobachter gemäß den Empfehlungen der ICCAT an Bord.

1.2. Jeder Beobachter an Bord eines Unionsschiffs muss die erforderliche Schulung erhalten haben, damit er seine Sicherheit an Bord gewährleisten und die durchzuführenden Beobachteraufgaben wahrnehmen kann.

1.3. Côte d'Ivoire sorgt dafür, dass seine Beobachter entsprechend geschult werden. Die Schulung der Beobachter muss auch die Verfahren für die Beobachtung an Bord von Unionsschiffen umfassen, um die nationalen Beobachterprogramme mit der Unterstützung der Union zu harmonisieren und zu koordinieren.

1.4. Die Vertragsparteien kommen überein, die mögliche Nutzung elektronischer Überwachungssysteme im Rahmen ihrer Beobachterprogramme zu prüfen. Côte d'Ivoire und die Union arbeiten mit den anderen Küstenstaaten des Ostatlantiks zusammen, um die konzertierte regionale Durchführung der Beobachterprogramme im Rahmen der ICCAT zu unterstützen.

Von Côte d'Ivoire benannte Beobachter werden auf Unionsschiffen gemäß den nachstehenden Regeln an Bord genommen.

2. Bezeichnung von Schiffen und Beobachtern

2.1. Côte d'Ivoire erstellt eine Liste von Beobachtern, die an Bord von Unionsschiffen eingesetzt werden sollen, hält diese auf dem neuesten Stand und übermittelt sie den Betreibern und der Union. Die in dieser Liste aufgeführten Beobachter müssen die Ausbildungsanforderungen gemäß Nummer 1 dieses Abschnitts erfüllen.

2.2. Damit Côte d'Ivoire seine Planung optimieren kann, übermitteln alle Betreiber den Behörden zum Zeitpunkt ihres Lizenzantrags unmittelbar einen vorläufigen Zeitplan für die Aufenthalte in Häfen für das folgende Jahr.

2.3. Côte d'Ivoire stellt ein Programm für die gewünschte Einschiffung der von ihm benannten Beobachter auf und teilt es den Betreibern und der Union mit.

2.4. Côte d'Ivoire teilt den betreffenden Betreibern oder ihren Vertretern den Namen des an Bord des jeweiligen Schiffs zu nehmenden Beobachters bei der Lizenzerteilung oder spätestens 15 Tage vor dem voraussichtlichen Einschiffungstermin des Beobachters mit.

2.5. Der Beobachter bleibt für eine Fangreise an Bord. Auf ausdrückliches Ersuchen Côte d'Ivoires kann dieser Aufenthalt an Bord je nach der durchschnittlichen Dauer der Fangreisen

des betreffenden Schiffs auf mehrere Fangreisen aufgeteilt werden. Côte d'Ivoire äußert dieses Ersuchen, wenn es den Namen des Beobachters mitteilt, der an Bord des betreffenden Schiffs gehen soll.

3. Bedingungen für die Ein- und Ausschiffung

3.1. Die Bedingungen für die Einschiffung des Beobachters werden vom Betreiber oder seinem Vertreter und den Behörden von Côte d'Ivoire einvernehmlich festgelegt.

3.2. Die Einschiffung des Beobachters erfolgt in dem vom Betreiber gewählten Hafen und zu Beginn der Fangreise in der ivoirischen Fischereizone.

3.3. Die Betreiber bestätigen binnen zwei Wochen und zehn Tage im Voraus die für die Einschiffung der Beobachter vorgesehenen Daten und Häfen.

3.4. Wird der Beobachter in einem anderen Land als Côte d'Ivoire an Bord genommen, so werden seine Reisekosten vom Betreiber übernommen.

3.5. Findet sich der Beobachter ohne Grund nicht binnen 12 Stunden nach dem vereinbarten Zeitpunkt am vereinbarten Ort ein, so ist der Betreiber nicht länger verpflichtet, diesen Beobachter an Bord zu nehmen.

3.6. Der Kapitän trifft alle ihm obliegenden Vorkehrungen, um Sicherheit und Wohlergehen des Beobachters bei der Ausübung seiner Aufgaben zu gewährleisten.

3.7. Dem Beobachter ist bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben jede erforderliche Hilfe zu gewähren. Der Kapitän gewährt ihm Zugang zu den für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Kommunikationsmitteln, zu den Unterlagen, die die Fischereitätigkeit des Schiffes unmittelbar betreffen, insbesondere dem Fischereilogbuch und dem Navigationslogbuch, sowie zu den Teilen des Schiffes, zu denen er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben Zugang haben muss.

3.8. Der Betreiber sorgt im Rahmen der Möglichkeiten des Schiffes auf seine Kosten für Unterkunft und Verpflegung der Beobachter, die wie Offiziere behandelt werden.

3.9. Die Vergütung und die Sozialabgaben des Beobachters gehen zulasten Côte d'Ivoires.

4. Aufgaben des Beobachters

4.1. Der Beobachter wird an Bord wie ein Offizier behandelt.

4.2. Wenn das Schiff in der Fischereizone Côte d'Ivoires fischt, erfüllen er folgende Aufgaben:

- Beobachtung der Fischereitätigkeiten der Schiffe
- Überprüfung der Position der Schiffe beim Fischfang
- biologische Probenahmen im Rahmen wissenschaftlicher Programme
- Erstellung einer Übersicht der verwendeten Fanggeräte
- Überprüfung der Angaben zu den in der Fischereizone von Côte d'Ivoire getätigten Fängen im Logbuch;
- Überprüfung der Anteile von Beifängen und Schätzung der Rückwurfmengen;
- Übermittlung der Fangangaben einschließlich der an Bord befindlichen Mengen an Zielarten und Beifängen an seine zuständige Behörde in geeigneter Weise.

5. Beobachterpflichten

Während seines Aufenthalts an Bord

- trifft der Beobachter alle geeigneten Vorkehrungen, damit seine Einschiffung und seine Anwesenheit an Bord die Fangtätigkeiten weder unterbrechen noch behindern;
- geht der Beobachter mit den an Bord befindlichen Gegenständen und Ausrüstungen sorgfältig um und wahrt die Vertraulichkeit sämtlicher Dokumente des betreffenden Schiffs;
- erstellt der Beobachter für jeden Beobachtungszeitraum an Bord eines Unionsschiffs einen Bericht über seine Beobachtungen und übermittelt ihn den Behörden von Côte d'Ivoire und dem Betreiber des Schiffes mit Kopie an die Union. Der Kapitän kann Anmerkungen machen, die er für zweckdienlich hält.

6. Pauschalbeitrag

Zum Zeitpunkt der jährlichen Vorauszahlung für die Erlangung der Lizenz zahlt der Betreiber an Côte d'Ivoire einen jährlichen Pauschalbeitrag von 400 EUR pro Schiff zu den Kosten, die durch die Einschiffung der ivoirischen Beobachter auf Schiffen der Union anfallen.

KAPITEL VIII VERSTÖßE

1. Behandlung von Verstößen

1.1. Jeder Verstoß, den ein Unionsschiff in den ivoirischen Gewässern begangen hat, muss der Union von den Behörden von Côte d'Ivoire in geeigneter Weise innerhalb von 24 Stunden gemeldet werden.

1.2. Nach Feststellung des Verstoßes, der in dem Protokoll der Überwachungsbehörde von Côte d'Ivoire festgehalten ist, unterzeichnet der Kapitän des Unionsschiffs dieses Protokoll. Will oder kann der Kapitän nicht unterzeichnen, so wird dies in dem Protokoll vermerkt.

1.3. Die Unterschrift bzw. die fehlende Unterschrift greift nicht den Rechten und Mitteln der Verteidigung vor, die der Kapitän gegen den ihm zur Last gelegten Verstoß geltend machen kann.

1.4. Das Protokoll über diesen Verstoß wird der Union und dem Flaggenstaat innerhalb von sieben Arbeitstagen übermittelt.

2. Umleitung – Informationssitzung

2.1. Jedes Unionsschiff, bei dem ein Verstoß vermutet wird, kann gezwungen werden, seine Fangtätigkeit einzustellen und falls es auf See ist gegebenenfalls in einen von den Kontrollbehörden Côte d'Ivoires angegebenen ivoirischen Hafen einzulaufen. Ein Unionsschiff, das gegen die ivoirischen Vorschriften verstößt, wird bis zur Erfüllung der in diesen Vorschriften vorgesehenen Formalitäten im Hafen zurückgehalten.

2.2. Côte d'Ivoire benachrichtigt die Union innerhalb von höchstens 24 Stunden über jede Umleitung eines Unionsschiffes. Mit der Benachrichtigung werden auch Beweise für den angezeigten Verstoß vorgelegt.

2.3. Bevor etwaige Maßnahmen gegen Kapitän, Besatzung oder Ladung ergriffen werden, Maßnahmen zur Sicherung von Beweisen ausgenommen, beruft Côte d'Ivoire auf Antrag der Union innerhalb von 48 Stunden nach Eingang der Benachrichtigung über die Umleitung des Schiffes eine Informationssitzung ein, um die Umstände zu klären und etwaige Folgemaßnahmen darzulegen. An dieser Informationssitzung kann ein Vertreter des Flaggenstaats teilnehmen.

2.4. Der Reeder oder sein Agent wird über das Ergebnis der Sitzung und über alle sich aus der Aufbringung oder dem Festhalten ergebenden Maßnahmen informiert.

3. Verstoßprotokoll

3.1. Bei Verstößen wird die Feststellung eines Verstoßes in einem Protokoll festgehalten, das von den für die Kontrolle zuständigen Behörden von Côte d'Ivoire zu erstellen ist. Der Kapitän des Unionsschiffs unterzeichnet dieses Protokoll. Will oder kann der Kapitän nicht unterzeichnen, so wird dies in dem Protokoll vermerkt.

3.2. Die Unterschrift bzw. die fehlende Unterschrift greift nicht den Rechten und Mitteln der Verteidigung vor, die der Kapitän gegen den ihm zur Last gelegten Verstoß geltend machen kann.

4. Ahndung von Verstößen - Vergleich

4.1. 4.1. Die Strafe für den festgestellten Verstoß wird von Côte d'Ivoire nach geltendem nationalem Recht festgesetzt.

4.2. Erfordert die Verfolgung des Verstoßes ein Gerichtsverfahren, so kann vor der Einleitung gerichtlicher Schritte versucht werden, den Verstoß — sofern es sich nicht um eine Straftat handelt — zwischen Côte d'Ivoire und dem Betreiber im Wege eines Vergleichs zu regeln und Art und Höhe der Strafe festzulegen. An diesem Vergleichsverfahren können Vertreter des Flaggenstaats und der Union teilnehmen. Das Vergleichsverfahren wird spätestens drei Arbeitstage nach der Benachrichtigung über die Umleitung des Schiffes abgeschlossen.

5. Gerichtsverfahren — Banksicherheit

5.1. Kann der Fall nicht durch einen Vergleich beigelegt werden und wird der Verstoß der zuständigen gerichtlichen Instanz vorgelegt, so hinterlegt der Betreiber des Schiffes, das einen Verstoß begangen hat, bei einer von Côte d'Ivoire bezeichneten Bank eine Sicherheit, deren Höhe von Côte d'Ivoire unter Berücksichtigung der Kosten der Umleitung und der Stilllegung des Schiffes, der voraussichtlichen Geldstrafe und möglicher Entschädigungen festgesetzt wird. Die Banksicherheit wird nicht vor Abschluss des Gerichtsverfahrens freigegeben.

5.2. Die Banksicherheit wird freigegeben und dem Betreiber unverzüglich nach Ergehen des Urteils zurückgezahlt:

- a) in voller Höhe, wenn keine Strafe verhängt wurde;
- b) in Höhe des Restbetrags, wenn die verhängte Geldstrafe niedriger ausfällt als die hinterlegte Banksicherheit.

5.3. Übersteigt die verhängte Sanktion den Betrag der Banksicherheit, so zahlt der Wirtschaftsteilnehmer den Zuschlag.

5.4. Côte d'Ivoire teilt der Union die Ergebnisse des Gerichtsverfahrens innerhalb von sieben Arbeitstagen nach dem Urteilsspruch mit.

6. Freigabe von Schiff und Besatzung

Das Schiff und seine Besatzung dürfen den Hafen verlassen, wenn

- entweder den Verpflichtungen im Rahmen des Schlichtungsverfahrens nachgekommen wurde
- oder die Banksicherheit hinterlegt wurde.

Verzeichnis der Anlagen

ANLAGE 1 GEOGRAFISCHE KOORDINATEN DER BASISLINIEN UND DER FISCHEREIZONE VON CÔTE D'IVOIRE	29
ANLAGE 2– TECHNISCHES FORMULAR FÜR DEN ZUGANG VON UNIONSSCHIFFEN	31
ANLAGE 3 – KONTAKTDATEN FÜR DIE IN DIESEM PROTOKOLL VORGESEHENEN MITTEILUNGEN	32
ANLAGE 4 BEI BEANTRAGUNG EINER LIZENZ IM RAHMEN DES DURCHFÜHRUNGSPROTOKOLLS ZUM FISCHEREIABKOMMEN ZWISCHEN CÔTE D'IVOIRE UND DER EUROPÄISCHEN UNION BEREITZUSTELLENDEN INFORMATIONEN	33
ANLAGE 5 – TECHNISCHE ANFORDERUNGEN FÜR DEN BETRIEB DES SCHIFFSÜBERWACHUNGSSYSTEMS (VMS) UND DES SYSTEMS ZUR AUFZEICHNUNG VON FISCHEREITÄTIGKEITEN (ERS)	35
ANLAGE 6 – VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN	40

Anlage 1 geografische Koordinaten der Basislinien und der Fischereizone von Côte d'Ivoire

Basislinien:

ID	Breitengrad	Längengrad
1	4,359901	-7,49759
2	4,3539	-7,48091
3	4,35372	-7,47834
4	4,36306	-7,45668
5	4,37798	-7,41153
6	4,38404	-7,39734
7	4,42568	-7,31199
8	4,45146	-7,25577
9	4,46686	-7,23731
10	4,53104	-7,11615
11	4,53818	-7,05595
12	4,5475	-7,03168
13	4,58922	-6,97921
14	4,65527	-6,83202
15	4,68612	-6,72211

16	1,096355	0,971844
17	4,363102	-7,52385
ID		
1	5,089777778	-3,105888889
2	5,089916667	-3,107111111
3	5,090472222	-3,109805556
4	5,095361111	-3,134694444
5	5,102694444	-3,173138889

Maritime Grenzpunkte

ID	Breite	Länge	Name
1	5,0898	-3,1059	CIV_GHA_BP55
2	5,0177	-3,1218	CIV_GHA_A
3	4,9664	-3,1337	CIV_GHA_B
4	4,4449	-3,2491	CIV_GHA_C
5	3,2037	-3,4984	CIV_GHA_D
6	2,9847	-3,5445	CIV_GHA_A
7	2,6768	-3,6101	CIV_GHA_F
8	1,0021	-7,5400	CIV_LBR
9	4,1594	-7,5430	CIV_LBR
10	4,3012	-7,5346	CIV_LBR
11	4,3313	-7,5328	CIV_LBR
12	4,3606	-7,5311	CIV_LBR
13	4,3620	-7,5308	CIV_LBR
14	4,1580	-7,5450	CIV_LBR
15	4,0930	-7,5400	CIV_LBR
16	4,0780	-7,5400	CIV_LBR
17	3,0610	-7,5400	CIV_LBR
18	2,0440	-7,5400	CIV_LBR
19	1,0270	-7,5400	CIV_LBR

Anlage 2– Technisches Formular für den Zugang von Unionsschiffen

THUNFISCH-WADENFÄNGER/FROSTER
LANGLEINENFÄNGER

UND

OBERFLÄCHEN-

1. Fischereizone:

jenseits der 12-Seemeilen-Zone, gemessen von der Basislinie.

2. Zugelassenes Fanggerät:

- Wade
- Oberflächenangleine

3. Verbotene Arten:

- Im Einklang mit dem Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten (CMS) und den Entschlüssen der ICCAT ist die Fischerei auf Riesenhai (*Cetorhinus maximus*), Weißhai (*Carcharodon carcharias*), Großäugigen Fuchshai (*Alopias superciliosus*), Hammerhaie der Familie der Sphyrnidae (mit Ausnahme des Schaufelnasen-Hammerhais), Weißspitzen-Hochseehai (*Carcharhinus longimanus*), Seidenhai (*Carcharhinus falciformis*), Sandtigerhai (*Carcharias taurus*) und Hundshai (*Galeorhinus galeus*) untersagt.
- Die Vertragsparteien konsultieren einander im Rahmen des Gemischten Ausschusses, um diese Liste auf der Grundlage wissenschaftlicher Empfehlungen zu aktualisieren.

4. Betreibergebühren:

4.1. Gebühr pro Tonne: 80 EUR für die ersten beiden Jahre und anschließend 85 EUR.

4.2. Jährliche Pauschalgebühr:

Für Thunfischwadenfänger 12 000 EUR für die ersten beiden Jahre und anschließend 12 750 EUR (Pauschalvorschuss von 150 Tonnen).

Für Oberflächen-Langleinenfänger 4 000 EUR für die ersten beiden Jahre und anschließend 4 250 EUR (Pauschalvorschuss von 50 Tonnen).

4.3. Pauschalgebühr Beobachter 400 EUR/Schiff/Jahr

4.4. Hilfsschiffgebühr 3 500 EUR/Schiff/Jahr

5. Anzahl fangberechtigter Schiffe 25 Thunfischwadenfänger

7 Oberflächen-Langleinenfänger

Anlage 3 – Kontaktdaten für die in diesem Protokoll vorgesehenen Mitteilungen

Für die Union:

Fanggenehmigungen:

LICENCE: <https://webgate.ec.europa.eu/licence>

MARE-LICENCES@ec.europa.eu

Aggregierte Fänge:

MARE-LICENCES@ec.europa.eu

Helpdesk UN/FLUX:

MARE-FISH-IT-SUPPORT@ec.europa.eu

Für Côte d'Ivoire: die Kontaktdaten werden von Côte d'Ivoire vor der Anwendung dieses Protokolls mitgeteilt.

Anlage 4 Bei Beantragung einer Lizenz im Rahmen des Durchführungsprotokolls zum Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der Europäischen Union bereitzustellende Informationen

Sofern nicht anders angegeben, sind die folgenden Angaben zum Antragsteller, zum Schiffseigner, zur Identifizierung des Schiffs, zu seinen technischen Daten und zum betreffenden Zeitraum verpflichtend.

Name des Antragstellers

Telefonnummer des Antragstellers

E-Mail des Antragstellers

Name des Schiffseigners

Ort und Land des Wohnsitzes des Schiffseigners

Name des/der höchstens fünf größten wirtschaftlichen Eigentümer/Nutznieser des Schiffes

Ort und Land des Wohnsitzes des oder der fünf größten wirtschaftlichen Eigentümer/Nutznieser des Schiffes:

Name des Kapitäns

Staatsangehörigkeit des Kapitäns

E-Mail des Kapitäns

Name und Anschrift des Agenten vor Ort

Name des Schiffs

Flaggenstaat

Heimathafen

Internationales Rufzeichen (IRCS)

Äußere Kennbuchstaben und -ziffern

MMSI-Nr.

IMO-Nummer (sofern zutreffend)

ICCAT-Nr.

Derzeitige Flaggenzugehörigkeit erworben am

Vorherige Flagge (falls zutreffend)

Bauort

Baujahr

Funkfrequenz

Satellitentelefon-Nr.

Länge über alles (Meter)

Tonnage (in BRZ gemäß Londoner Übereinkommen)

Typ der Schiffsmaschine

Maschinenleistung (in kW)

Anzahl Besatzungsmitglieder

Art der Haltbarmachung an Bord
Verarbeitungskapazität pro Tag (24 Stunden) in Tonnen
Anzahl der Fischladeräume
Rauminhalt der Fischladeräume insgesamt (in m3):
VMS Hersteller
VMS-Modell
Seriennummer des VMS
Softwareversion des VMS
Satellitenbetreiber
Zugelassenes Fanggerät
Anlandeort
Beantragter Beginn der Laufzeit der Genehmigung
Beantragtes Ende der Laufzeit der Genehmigung

Anlage 5 – Technische Anforderungen für den Betrieb des Schiffsüberwachungssystems (VMS) und des Systems zur Aufzeichnung von Fischereitätigkeiten (ERS)

Abschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen für die Übermittlung von Schiffpositionsdaten und die Einführung des ERS durch die Vertragsparteien; Aufrechterhaltung des Betriebs

1. Ist die Übermittlung der Daten zu den Schiffpositionen oder den Fischereitätigkeiten zwischen den FÜZ der Vertragsparteien jedoch durch eine technische Störung beeinträchtigt, so gilt für die von dieser Störung betroffenen Unionsschiffe, dass sie nicht gegen die Vorschriften verstoßen.
2. Die Vertragsparteien stellen eine Verbindung mit der von der Europäischen Kommission bereitgestellten Software FLUX Transportation Layer her und führen das UN/FLUX-Format ein. Côte d'Ivoire stellt sicher, dass seine elektronische Ausrüstung mit dem System der Union kompatibel ist.
3. Beide Vertragsparteien führen zu Testzwecken eine Abnahmeumgebung ein, bevor sie die Produktionsumgebung nutzen. Die Union übermittelt dem FÜZ von Côte d'Ivoire Testmeldungen in der Abnahmeumgebung. Verlaufen die Tests erfolgreich, vereinbaren die beiden Vertragsparteien, ab welchem Datum die Schiffpositionsdaten und die ERS-Daten automatisch über die Software FLUX Transportation Layer im Format UN/FLUX übermittelt werden.
4. Bis zu diesem Datum erfolgt die Übermittlung der Positionsdaten der Unionsschiffe und der ERS-Daten unter Verwendung der Formate und Modalitäten, die zum Zeitpunkt des Geltungsbeginns dieses Protokolls bereits genutzt wurden.
5. Das FÜZ des Flaggenstaats und das FÜZ von Côte d'Ivoire sowie die Europäische Kommission tauschen ihre E-Mail-Kontaktadressen aus und teilen einander jede Änderung dieser Adressen unverzüglich mit.
6. Das FÜZ des Flaggenstaats und das FÜZ von Côte d'Ivoire sowie die Europäische Kommission unterrichten einander unverzüglich über jede Unterbrechung der automatischen Datenübermittlung oder bei Wartungsarbeiten mit einer Dauer von mehr als 48 Stunden, bemühen sich um eine schnelle Wiederherstellung der automatischen Übermittlung und informieren die andere Vertragspartei, wenn diese wiederhergestellt ist. Bei etwaigen Streitfällen wird der Gemischte Ausschuss befasst.
7. Dauert die Unterbrechung mehr als 48 Stunden, übermittelt das FÜZ des Flaggenstaats die Daten per E-Mail alle 24 Stunden bis zur Wiederaufnahme der automatischen Übermittlung. Das FÜZ von Côte d'Ivoire kann beim FÜZ des Flaggenstaats einen Austausch in dieser Form beantragen, wenn die Störung die Systeme des FÜZ von Côte d'Ivoire betrifft und diese Störung trotz der zu ihrer Behebung unternommenen Anstrengungen länger als 48 Stunden andauert.
8. Sobald die Systeme für die automatische Übermittlung wiederhergestellt sind, werden die Daten, die von der Unterbrechung betroffen waren, auch über diese Systeme übermittelt.
9. Die Behörden von Côte d'Ivoire unterrichten ihre zuständigen Kontrolleinrichtungen, damit Unionsschiffe nicht wegen fehlender Übermittlung von Daten eines Verstoßes beschuldigt werden.
10. Die Vertragsparteien sorgen jeweils für die Kohärenz der Daten und stellen insbesondere sicher, dass geeignete Filter in ihre Systeme integriert und auf die

Daten angewendet werden, damit nur Daten, die die Fischereitätigkeiten in der Fischereizone von Côte d'Ivoire betreffen, berücksichtigt werden.

Abschnitt 2 – Technische Anforderungen für die Übermittlung von VMS-Daten

1. Schiffpositionsdaten – Schiffsüberwachungssystem

1.1. Das FZ des Flaggenstaats stellt sicher, dass die Schiffpositionsdaten über die von der Europäischen Kommission bereitgestellte zentrale Verbindung automatisch verarbeitet und elektronisch übertragen werden. Die Schiffpositionsdaten müssen von den Vertragsparteien sicher aufgezeichnet und für drei Jahre gespeichert werden.

1.2. Die Position der Schiffe wird auf mindestens 100 m genau und mit einem Konfidenzintervall von 99 % bestimmt.

1.3. Die erste Positionsaufzeichnung nach der Einfahrt in die Fischereizone von Côte d'Ivoire wird mit dem Code „ENT“ (NAF) oder „ENTRY“ (UN/FLUX) gekennzeichnet. Alle nachfolgenden Positionen tragen den Code „POS“, mit Ausnahme der ersten Positionsaufzeichnung nach der Ausfahrt aus der Fischereizone von Côte d'Ivoire; sie wird mit „EXI“ (NAF) oder „EXIT“ (UN/FLUX) gekennzeichnet.

2. bertragung durch das Schiff bei Ausfall des Schiffsberwachungsgerts

Schiffe, die in der Fischereizone von Côte d'Ivoire fischen und deren Schiffsberwachungsgert defekt ist, müssen ihre Positionsmeldungen mindestens alle vier Stunden per E-Mail an das FZ des Flaggenstaats übermitteln und alle vorgeschriebenen Angaben machen. Das FZ des Flaggenstaats unterrichtet das FZ von Côte d'Ivoire über diese Änderung. Die Positionsdaten werden dann in der genannten Häufigkeit übermittelt.

Das FZ von Côte d'Ivoire informiert das FZ des Flaggenstaats und die Union, wenn die Positionsmeldungen eines Schiffs, das im Besitz einer Fanggenehmigung ist, nicht mehr regelmäßig eingehen, das betreffende Schiff aber keine Ausfahrt aus der Fischereizone gemeldet hat.

3. Struktur einer Meldung im NAF-Format zur Übermittlung der Schiffpositionsdaten an Côte d'Ivoire

Datenelement	Code	Obligatorisch (O)/fakultativ (F)	Inhalt
Aufzeichnungsbeginn	SR	O	Systemdetail; Beginn der Aufzeichnung
Empfänger	AD	O	Detail Meldung – Alpha-3-Ländercode des Empfängers (ISO-3166)
Absender	FR	O	Detail Meldung – Alpha-3-Ländercode des Absenders (ISO-3166)
Flaggenstaat	FS	O	Detail Meldung – Alpha-3-Ländercode des Flaggenstaats (ISO-3166)
Art der Meldung	TM	O	Detail Meldung – Art der Meldung (ENT, POS, EXI, MAN)

Internationales Rufzeichen (IRCS)	RC	O	Angabe zum Schiff – internationales Rufzeichen des Schiffs (IRCS)
Interne Referenznummer der Vertragspartei	IR	F	Detail Schiff – Eindeutige von der Vertragspartei zugeteilte Schiffsidentifikationsnummer
Eindeutige Schiffskennung (IMO-Kennnummer)	IM	O	Angabe zum Schiff – IMO-Kennnummer Obligatorisch, wenn das Schiff eine solche Nummer hat
Äußere Kennnummer	XR	O	Detail Schiff – außen an der Schiffsseite angebrachte Nummer (ISO 8859.1)
Breitengrad	LT	O	Detail Schiffposition – Breitengrad in Dezimalgraden (WGS84) ±DD.dd Positive Zahlen für die Nordhalbkugel; negative Zahlen für die Südhalbkugel. Das Zeichen „+“ ist nicht zu übermitteln. Führende Nullen können weggelassen werden. Der Wert muss zwischen -90 und +90 liegen.
Längengrad	LG	O	Detail Schiffposition – Längengrad in Dezimalgraden (WGS84) ±DDD.ddd Positive Zahlen für die Nordhalbkugel; negative Zahlen für die Südhalbkugel. Das Zeichen „+“ ist nicht zu übermitteln. Führende Nullen können weggelassen werden. Der Wert muss zwischen -180 und +180 liegen.
Kurs	CO	O	Schiffskurs 360°-Einteilung
Geschwindigkeit	SP	O	Schiffsgeschwindigkeit in Knoten x 10
Datum	DA	O	Detail Schiffposition – Datum der Positionsaufzeichnung UTC (JJJJMMTT)
Uhrzeit	TI	O	Detail Schiffposition – Uhrzeit der Positionsaufzeichnung UTC (HHMM)
Aufzeichnungsende	ER	O	Systemdetail; Ende der Aufzeichnung

4. Ab der tatsächlichen Umsetzung des neuen UN/FLUX-Formats und der Übermittlung über den FLUX Transportation Layer werden die VMS-Daten gemäß dem Format und den Verfahren übermittelt, die in dem auf der Website der Europäischen Kommission verfügbaren Durchführungsdokument beschrieben sind.

5. Schutz der VMS-Daten

5.1. Alle gemäß diesen Bestimmungen von einer Vertragspartei an die andere Vertragspartei übermittelten Überwachungsdaten dienen ausschließlich der Überwachung und Kontrolle der

im Rahmen des Fischereiabkommens fischenden Flotte der Union durch die Behörden von Côte d'Ivoire sowie den ivoirischen Forschungsstudien im Bereich des Fischereimanagements.

5.2. Diese Daten dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden, es sei denn, eine der Vertragsparteien hat eine rechtliche Verpflichtung.

Abschnitt 3 – Technische Anforderungen für den Betrieb des Systems zur Aufzeichnung von Fischereitätigkeiten und die Übermittlung der ERS-Daten

1. Der Kapitän eines Fischereifahrzeugs der Union, das im Besitz einer nach diesem Protokoll ausgestellten Genehmigung ist, muss im Zusammenhang mit dem Aufenthalt in der Fischereizone von Côte d'Ivoire

- a) bei jeder Einfahrt in die Fischereizone und bei jeder Ausfahrt aus dieser Zone eine spezifische Meldung abgeben, in der die zum Zeitpunkt der Einfahrt in die Fischereizone bzw. der Ausfahrt aus dieser Zone an Bord befindlichen Mengen jeder Art sowie Datum, Uhrzeit und Position dieser Ein- oder Ausfahrt angegeben sind. Diese Meldung muss dem FÜZ von Côte d'Ivoire spätestens zwei Stunden vor der Ein- bzw. Ausfahrt mittels ERS oder über ein anderes Kommunikationsmittel übermittelt werden;
- b) jeden Tag die Position des Schiffs um 12 Uhr mittags aufzeichnen, wenn keine Fischerei stattgefunden hat;
- c) für jede Fischereitätigkeit die Position, die Art des Fanggeräts und die Mengen jeder gefangenen Art, aufgeschlüsselt nach an Bord behaltenen Fängen und zurückgeworfenen Fängen, aufzeichnen. Jede Art ist durch ihren Alpha-3-Code der FAO eindeutig anzugeben; die Mengen werden in Kilogramm Lebendgewicht oder gegebenenfalls als Stückzahl angegeben;
- d) die im elektronischen Fischereilogbuch aufgezeichneten Daten täglich spätestens um 24 Uhr an seinen Flaggenstaat übermitteln; diese Übermittlung muss für jeden Tag des Aufenthalts in der Fischereizone von Côte d'Ivoire erfolgen, auch wenn keine Fänge getätigt wurden. Zudem müssen diese Daten auch vor jeder Ausfahrt aus der Fischereizone übermittelt werden.

2. Das FÜZ des Flaggenstaats stellt dem FÜZ von Côte d'Ivoire die ERS-Daten zur Verfügung. Das FÜZ des Flaggenstaats übermittelt dem FÜZ von Côte d'Ivoire automatisch und unverzüglich ERS-Sofortmeldungen (Meldung der Einfahrt in das Gebiet, Meldung der Ausfahrt aus dem Gebiet, Meldung der Ankunft im Hafen). Die übrigen ERS-Meldungen des Schiffs werden einmal täglich automatisch übermittelt.

3. Bis zum Ende der Testphasen gemäß Abschnitt 1

- werden die Daten über den Data Exchange Highway im EU-ERS-Format (v 3.1)³ übermittelt;
- erfolgen die Mitteilungen über Umladungen per E-Mail an die zuständige Behörde von Côte d'Ivoire;

³ Technische Dokumentation auf der Europa.eu-Website
<https://circabc.europa.eu/faces/jsp/extension/wai/navigation/container.jsp>

- es werden nur Sofortmeldungen (,Einfahrtsmeldung‘ – COE, ,Ausfahrtsmeldung‘ – COX, ,Ankunftsmeldung im Hafen‘ – PNO) automatisch und unverzüglich übermittelt. Die anderen Arten von Meldungen werden so zur Verfügung gestellt, dass sie vom FÜZ von Côte d’Ivoire automatisch abgerufen werden können.
4. Ab der tatsächlichen Umsetzung des UN/FLUX-Formats und der Übermittlung über den FLUX Transportation Layer
- wird die Bereitstellung auf Anfrage nur spezifische Anfragen zu historischen Daten betreffen.
 - werden die ERS-Daten in dem Format und über die Verfahren übermittelt, die in dem auf der Website der Europäischen Kommission abrufbaren Umsetzungsdokument beschrieben sind.
5. Das FÜZ von Côte d’Ivoire bestätigt den Eingang der ihm übermittelten ERS-Sofortmeldungen, indem es eine Empfangsbestätigung zurücksendet und die Gültigkeit der eingegangenen Meldung bestätigt. Für den Austausch von ERS-Daten über den Data-Exchange-Highway, die das FÜZ von Côte d’Ivoire als Antwort auf eine von ihm selbst gestellte Anfrage erhält, wird keine Empfangsbestätigung übermittelt.
6. Ist die Übertragung zwischen dem Schiff und dem FÜZ des Flaggenstaats gestört, so informiert das FÜZ den Kapitän oder den Betreiber des Schiffs oder den/die Vertreter umgehend. Nach Erhalt dieser Information übermittelt der Schiffskapitän den zuständigen Behörden des Flaggenstaats die fehlenden Daten mit jeglichem geeigneten Telekommunikationsmittel jeden Tag bis spätestens 24 Uhr.
7. Bei Störungen des an Bord des Schiffs installierten elektronischen Übertragungssystems sorgt der Kapitän oder der Betreiber des Schiffs dafür, dass das ERS innerhalb von 10 Tagen nach Feststellung der Störung repariert oder ausgetauscht wird. Nach Ablauf dieser Frist darf das Schiff in der Fischereizone keinen Fischfang mehr betreiben und muss innerhalb von 24 Stunden die Fischereizone verlassen oder einen Hafen von Côte d’Ivoire anlaufen. Das Schiff darf den Hafen erst verlassen oder in die Fischereizone zurückkehren, nachdem das FÜZ seines Flaggenstaats festgestellt hat, dass das ERS wieder ordnungsgemäß funktioniert.

Anlage 6 – Verarbeitung personenbezogener Daten

1. Begriffsbestimmungen und Anwendungsbereich

a) Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Anlage gelten die Begriffsbestimmungen des Artikels 1 des Fischereiabkommens und des Artikels 1 dieses Protokolls sowie die folgenden Begriffsbestimmungen:

„personenbezogene Daten“: alle Auskünfte, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, einer Kennnummer oder Standortdaten;

„Verarbeitung“: jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführte Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, der Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung;

„übermittelnde Behörde“: die Behörde, die personenbezogene Daten übermittelt;

„empfangende Behörde“: die Behörde, die personenbezogene Daten empfängt;

„Datenschutzverletzung“: eine Verletzung der Sicherheit, die auf unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Weise zur Vernichtung, zum Verlust oder zur Veränderung oder zur unbefugten Offenlegung von beziehungsweise zum unbefugten Zugang zu personenbezogenen Daten führt, die übermittelt, gespeichert oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden;

„Weiterübermittlung“: Übermittlung personenbezogener Daten durch eine empfangende Vertragspartei an eine Stelle, die keine Vertragspartei dieses Protokolls ist (im Folgenden „Dritte“);

„Aufsichtsbehörde“: unabhängige Behörde, die für die Überwachung der Anwendung dieser Bestimmungen zuständig ist, um die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zu schützen.

b) Anwendungsbereich

Zu den von dem vorliegenden Protokoll betroffenen Personen gehören die natürlichen Personen, die Eigentümer von Unionsschiffen sind, ihre Vertreter, der Kapitän und die Besatzung an Bord der im Rahmen dieses Protokolls eingesetzten Unionsschiffe.

Im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Protokolls, insbesondere in Bezug auf Anträge auf Fanggenehmigungen, die Überwachung der Fischereitätigkeiten und die Bekämpfung der illegalen Fischerei, werden möglicherweise folgende Daten ausgetauscht und weiterverarbeitet:

- Kennzeichen und Kenndaten des Schiffs;

- Daten über die Tätigkeiten eines Schiffes, seine Position und Bewegungen, seine Fischereitätigkeit oder eine mit der Fischerei zusammenhängende Tätigkeit, die durch Kontrollen, Inspektionen oder Beobachter erhoben werden;

- Angaben zum Schiffseigner/zu den Schiffseignern oder seinem/ihrem Vertreter, wie Name, Staatsangehörigkeit, geschäftliche Kontaktdaten und Geschäftskonto;

- Angaben zum Agenten vor Ort, wie Name, Staatsangehörigkeit und geschäftliche Kontaktdaten;
- Angaben zu Schiffskapitän und Besatzungsmitgliedern, wie Name, Staatsangehörigkeit, Funktion und im Falle des Kapitäns die Kontaktdaten;
- Angaben zu den an Bord genommenen Fischern, wie Name, Kontaktdaten, Ausbildung und Gesundheitsbescheinigung.

c) Zuständige Behörden

Die für die Verarbeitung der Daten zuständigen Behörden sind die Europäische Kommission und die Behörde des Flaggenstaats für die Union sowie die Autorité de régulation des télécommunications de Côte d'Ivoire (ARTCI).

2. Garantien für den Schutz personenbezogener Daten

a) Zweckbindung und Datenminimierung

Die im Rahmen dieses Protokolls angeforderten und übermittelten personenbezogenen Daten müssen angemessen, sachdienlich und auf das für die Durchführung des Protokolls notwendige Maß beschränkt sein, also auf die Bearbeitung von Fanggenehmigungen und die Kontrolle und Überwachung der Tätigkeiten von Unionsschiffen. Die Vertragsparteien tauschen personenbezogene Daten im Rahmen dieses Protokolls nur für die im Protokoll festgelegten spezifischen Zwecke aus.

Die erhaltenen Daten dürfen nicht für einen anderen als den genannten Zweck verarbeitet werden oder müssen anonymisiert werden.

Auf Anfrage unterrichtet die empfangende Behörde die übermittelnde Behörde unverzüglich über die Verwendung der übermittelten Daten.

b) Richtigkeit der Daten

Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die im Rahmen dieses Protokolls übermittelten personenbezogenen Daten richtig und aktuell sind und gegebenenfalls entsprechend den Informationen der übermittelnden Behörde regelmäßig aktualisiert werden. Stellt eine Vertragspartei fest, dass die übermittelten oder erhaltenen personenbezogenen Daten nicht richtig sind, so teilt sie dies der anderen Vertragspartei unverzüglich mit und nimmt die erforderlichen Korrekturen und Aktualisierungen vor.

c) Begrenzung der Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie es für die Zwecke, zu denen sie ausgetauscht wurden, erforderlich ist, höchstens jedoch ein Jahr nach Auslaufen dieses Protokolls, es sei denn, die personenbezogenen Daten sind für die Weiterverfolgung eines Verstoßes, einer Inspektion oder von Gerichts- oder Verwaltungsverfahren erforderlich. In diesem Fall können die Daten so lange gespeichert werden, wie dies für die Weiterverfolgung des Verstoßes oder der Inspektion erforderlich ist, oder bis das Gerichts- oder Verwaltungsverfahren endgültig abgeschlossen ist.

Werden personenbezogene Daten länger gespeichert, sind diese Daten zu anonymisieren.

d) Sicherheit und Vertraulichkeit

Die personenbezogenen Daten werden in einer Weise verarbeitet, die ihre angemessene Sicherheit gewährleistet, wobei den besonderen Risiken der Verarbeitung Rechnung zu tragen ist, einschließlich des Schutzes vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigtem Schaden. Die für die Verarbeitung zuständigen Behörden gehen gegen jede Verletzung des Schutzes

personenbezogener Daten vor und ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, um mögliche nachteilige Auswirkungen einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu verhindern und etwaige nachteilige Auswirkungen zu mindern. Die empfangende Behörde unterrichtet die übermittelnde Behörde unverzüglich über diese Datenschutzverletzung, und die Behörden gewähren einander die erforderliche und rechtzeitige Unterstützung, damit sie ihren aus einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten erwachsenden Verpflichtungen gemäß ihren nationalen Rechtsvorschriften nachkommen können.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Verarbeitung den Bestimmungen dieses Protokolls entspricht.

e) Berichtigung oder Löschung

Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die übermittelnde und die empfangende Behörde alle angemessenen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, dass personenbezogene Daten unverzüglich berichtigt oder gelöscht werden, wenn die Verarbeitung nicht im Einklang mit diesem Protokoll steht, insbesondere weil die Daten nicht angemessen, sachdienlich oder richtig sind oder über den Zweck der Verarbeitung hinausgehen.

Die Parteien müssen einander über jede Berichtigung oder Löschung unterrichten.

f) Transparenz

Die Vertragsparteien stellen durch eine individuelle Benachrichtigung und die Veröffentlichung dieses Abkommens auf ihren Websites sicher, dass die betroffenen Personen über Folgendes informiert werden: die Kategorien der übermittelten und weiterverarbeiteten Daten, die Art und Weise der Verarbeitung der personenbezogenen Daten, das für die Übermittlung verwendete einschlägige Instrument, den Zweck der Verarbeitung, Dritte oder Kategorien von Dritten, an die die Informationen weitergegeben werden könnten, ihre individuellen Rechte und die Mechanismen, über die sie ihre Rechte ausüben und Abhilfe erwirken können, sowie die Kontaktdaten für die Einreichung einer Klage oder einer Beschwerde.

g) Weiterübermittlung

Die empfangende Behörde übermittelt die im Rahmen dieses Protokolls erhaltenen personenbezogenen Daten nur dann an einen Dritten, der in einem anderen Land als den Flaggenmitgliedstaaten niedergelassen ist, wenn dies durch ein wichtiges Ziel von öffentlichem Interesse gerechtfertigt ist, das auch in dem für die übermittelnde Behörde geltenden Rechtsrahmen anerkannt ist, und wenn die übrigen Anforderungen der Anlage (insbesondere in Bezug auf Zweckbindung und Datenminimierung) erfüllt sind und

wenn für das Land, in dem der Dritte oder die internationale Organisation ansässig ist, ein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission nach Artikel 45 der Verordnung (EU) 2016/679 (Angemessenheitsbeschluss) gilt, der die Weiterübermittlung abdeckt, oder

in besonderen Fällen, wenn eine solche Übermittlung erforderlich ist, damit die übermittelnde Behörde ihren Verpflichtungen gegenüber regionalen Fischereiorganisationen nachkommen kann, oder

in Ausnahmefällen und sofern dies für notwendig erachtet wird, wenn sich der Dritte verpflichtet, die Daten nur für den bzw. die spezifischen Zweck(e) zu verarbeiten, für den/die sie weiterübermittelt werden, und sie unverzüglich zu löschen, sobald die Verarbeitung für diesen Zweck nicht mehr erforderlich ist.

3. Rechte betroffener Personen

a) Zugang zu personenbezogenen Daten

Auf Antrag einer betroffenen Person muss die empfangende Behörde

- der betroffenen Person Auskunft darüber geben, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden oder nicht;
- Angaben zum Zweck der Verarbeitung, zu den Kategorien personenbezogener Daten, zur Speicherfrist (sofern möglich), zum Recht auf Berichtigung/Streichung, zum Beschwerderecht usw. machen;
- eine Kopie der personenbezogenen Daten bereitstellen;
- allgemeine Informationen über die bestehenden Garantien bereitstellen.

b) Berichtigung personenbezogener Daten

Auf Antrag einer betroffenen Person berichtigt die empfangende Behörde deren personenbezogene Daten, wenn diese unvollständig, falsch oder veraltet sind.

c) Streichung personenbezogener Daten

Auf Antrag einer betroffenen Person muss die empfangende Behörde

- diese Person betreffende personenbezogene Daten löschen, die in einer Weise verarbeitet wurden, die nicht mit den in diesem Protokoll festgelegten Garantien vereinbar ist;
- die Person betreffende personenbezogene Daten löschen, die für die Zwecke, für die sie rechtmäßig verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind;
- die Verarbeitung personenbezogener Daten einstellen, wenn die betroffene Person aus Gründen, die sich auf ihre besondere Situation beziehen, Widerspruch dagegen erhebt, es sei denn, es liegen zwingende berechnigte Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen.

d) Verfahren

Die empfangende Behörde beantwortet einen Antrag einer betroffenen Person auf Auskunft über ihre personenbezogenen Daten sowie deren Berichtigung und Löschung innerhalb einer angemessenen Frist, in jedem Fall aber innerhalb eines Monats nach Antragstellung. Die empfangende Behörde kann geeignete Maßnahmen ergreifen, wie die Erhebung angemessener Gebühren zur Deckung der Verwaltungskosten oder die Ablehnung eines offensichtlich unbegründeten oder unverhältnismäßigen Antrags.

Wird der Antrag einer betroffenen Person abgelehnt, so ist diese von der empfangenden Behörde über die Gründe für die Ablehnung zu informieren.

e) Einschränkung von Rechten

Die genannten Rechte können eingeschränkt werden, wenn dies gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft erforderlich und verhältnismäßig ist, um Straftaten zu verhindern, festzustellen, aufzuklären und zu verfolgen.

Diese Rechte können auch eingeschränkt werden, um die Durchführung von Kontroll-, Überwachungs- oder Regulierungsaufgaben zu gewährleisten, die – wenn auch nur gelegentlich – mit der Ausübung öffentlicher Gewalt einhergehen.

Unter denselben Bedingungen können sie auch zum Schutz der betroffenen Person oder der Rechte und Freiheiten anderer eingeschränkt werden.

4. Unabhängige Überwachung und Rechtsbehelfe

a) Unabhängige Überwachung

Ob die Verarbeitung personenbezogener Daten mit diesem Protokoll im Einklang steht, muss von einer externen oder internen Stelle, die eine unabhängige Aufsicht ausübt und mit Ermittlungs- und Rechtsbehelfsbefugnissen ausgestattet ist, unabhängig überwacht werden.

b) Aufsichtsbehörden

Für die Union wird diese Aufsicht vom Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB) ausgeübt, wenn die Verarbeitung in die Zuständigkeit der Kommission fällt, oder von der jeweiligen nationalen Datenschutzaufsichtsbehörde, wenn die Verarbeitung in die Zuständigkeit des Flaggenmitgliedstaats fällt.

Für Côte d'Ivoire ist die ARTCI zuständig.

Die genannten Behörden bearbeiten Beschwerden betroffener Personen im Zusammenhang mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen dieses Protokolls effizient und zeitnah.

c) Rechtsbehelfe

Jede Vertragspartei stellt sicher, dass gemäß ihrer Rechtsordnung eine betroffene Person, die der Auffassung ist, dass eine Behörde die in Artikel 15 und in dieser Anlage festgelegten Garantien nicht eingehalten hat, oder die der Auffassung ist, dass der Schutz ihrer personenbezogenen Daten verletzt wurde, vor einem Gericht oder einer gleichwertigen Stelle Rechtsmittel gegen diese Behörde einlegen kann, soweit dies nach den geltenden Rechtsvorschriften zulässig ist.

Insbesondere können Beschwerden gegen eine der beiden Behörden an den EDSB im Falle der Europäischen Kommission und an die ARTCI im Falle von Côte d'Ivoire gerichtet werden. Darüber hinaus können mit bestimmten Beschwerden gegen eine der beiden Behörden der Gerichtshof der Europäischen Union im Falle der Europäischen Kommission und die ivorischen Gerichte im Falle von Côte d'Ivoire befasst werden.

Im Falle einer Klage oder Beschwerde einer von der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten betroffenen Person gegen die übermittelnde Behörde, die empfangende Behörde oder beide Behörden unterrichten die Behörden einander über diese Klage oder Beschwerde und bemühen sich nach besten Kräften, die Klage bzw. Beschwerde schnellstmöglich gütlich beizulegen.

d) Unterrichtung der Vertragsparteien

Die Vertragsparteien unterrichten einander über Beschwerden, die bei ihnen bezüglich der Verarbeitung personenbezogener Daten nach diesem Protokoll eingehen, und über deren Beilegung.

5. Überarbeitung

Die Vertragsparteien unterrichten einander über Änderungen ihrer Rechtsvorschriften, die sich auf die Verarbeitung personenbezogener Daten auswirken. Jede Vertragspartei prüft regelmäßig ihre Strategien und Verfahren zur Umsetzung des Artikels 15 und dieser Anlage und deren Wirksamkeit; auf begründeten Antrag einer Vertragspartei überprüft die jeweils andere Vertragspartei ihre Strategien und Verfahren für die Verarbeitung personenbezogener Daten, um zu überprüfen und sicherzustellen, dass die in Artikel 15 und in dieser Anlage vorgesehenen Garantien wirksam umgesetzt werden. Die Ergebnisse der Überprüfung werden der antragstellenden Vertragspartei mitgeteilt.

Falls erforderlich, vereinbaren die Vertragsparteien im Gemischten Ausschuss die erforderlichen Änderungen dieser Anlage.

6. Aussetzung der Datenübermittlung

Die übermittelnde Vertragspartei kann die Übermittlung personenbezogener Daten aussetzen oder beenden, wenn es den Vertragsparteien nicht gelingt, Streitigkeiten über die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß dieser Anlage gütlich beizulegen, bis sie der Auffassung ist, dass die Angelegenheit von der empfangenden Vertragspartei zufriedenstellend gelöst wurde. Bereits übermittelte Daten werden weiterhin im Einklang mit dieser Anlage verarbeitet.